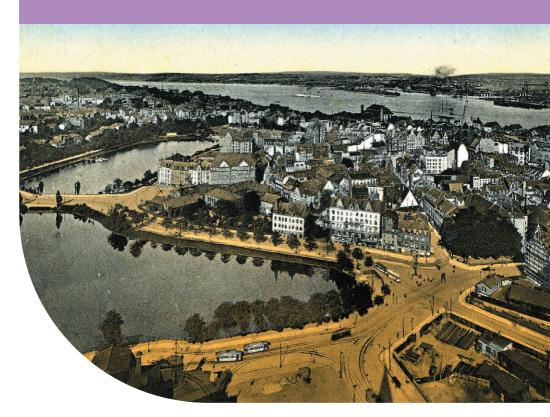


Kiel und Dänemark

Rück- und Ausblick anlässlich des Jubiläums der Volksabstimmungen 1920



Herausgeberin:



Pressereferat, Adresse: Postfach 1152, 24099 Kiel, Redaktion: Referat für Kultur und Kreative Stadt, Tel.: 0431 9016066, E-Mail: awk@kiel.de, Titelbild: Stadtarchiv Kiel, 1.3 PostkartenSlg 101163, Layout: Sarah Göbels, Druck: Rathausdruckerei, Auf-

lage: 750 Stück, Kiel 11/2020, Hinweis: Vervielfältigung, Speicherung und Nachdruck – auch auszugsweise – sind ohne Genehmigung der Herausgeberin und der Redaktion nicht gestattet.

Kiel und Dänemark

Rück- und Ausblick anlässlich des Jubiläums der Volksabstimmungen 1920



Inhalt

Grußworte	6
50 Jahre Deutsch-Dänische Gesellschaft – Ein Jubiläum mit Hindernissen	10
Aarhus – Die jüngste von Kiels Partnerstädten	14
Grenzabstimmung 1920 – Was sollte das die Kieler*innen angehen?	18
1920/2020: Kieler Bezüge zu Dänemark seit 1920	38

Grußwort

Hans-Werner Tovar



Liebe Bürger*innen, Gäste der Landeshauptstadt Kiel und Freund*innen der deutschdänischen Beziehungen,

wenn Sie schon einmal das Kieler Rathaus besichtigt haben, sind Ihnen vielleicht die Portraits der schleswig-holsteinischen Herzöge im Flur vor dem Ratssaal aufgefallen. Dazwischen hängen auch einige Bildnisse von dänischen Königen. Wie kommt es dazu? Ein Blick in die Historie zeigt: Nicht nur das Gebiet nördlich von Schleswig, sondern auch Holstein und damit Kiel

gehörten gut 90 Jahre zum dänischen Gesamtstaat. Erst nach dem Ende der Schleswigschen Kriege 1864 wurde Holstein preußisch und schloss sich dem Norddeutschen Bund an.

Durch unsere jüngste Städtepartnerschaft mit der dänischen Stadt Aarhus knüpft Kiel ein wenig an seine "dänische Vergangenheit" an. Kiel und Aarhus verbindet neben einem gemeinsamen kulturellen und historischen Erbe auch eine ähnliche Ausrichtung in der Wirtschafts- und Stadtentwicklung. Mit diesen Gemeinsamkeiten und der geografischen Nähe zueinander bieten sich ideale Voraussetzungen für eine enge kommunale Zusammenarbeit – und zwar nicht nur auf Verwaltungsebene, sondern auch im gesellschaftlichen Bereich. Erste Projekte in den Bereichen Digitalisierung und Stadtplanung wurden bereits realisiert, und das Interesse der Kieler*innen an einem Ausbau der Beziehungen ist groß.

In diesem Jahr wollten wir das Grenzjubiläum vielfach feiern. Das ist leider coronabedingt so nicht möglich. Daher freue ich mich, dass wir mit dieser Broschüre einen kleinen Einblick in die Zeit der

Volksabstimmungen und die heutige Zeit der gelebten Städtepartnerschaft mit Aarhus geben können.

Ihr

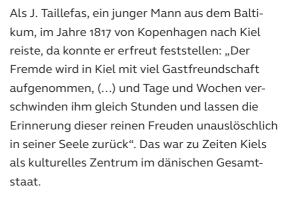
Hans-Werner Tovar Stadtpräsident der Landeshauptstadt Kiel

Grußwort

Rolf Fischer









Seitdem pflegen die Bürgerinnen und Bürger Kiels ein besonderes Verhältnis zum nördlichen Nachbarn, geprägt durch Harmonie, aber auch durch tiefe historische Brüche, die an einer Vielzahl von Ereignissen und Persönlichkeiten bis heute abzulesen sind: Es sei an den gern zitierten Hans Christian Andersen erinnert, auch an den im Buchwaldtschen Hof geschlossenen

"Kieler Frieden" von 1814, an die preußische Zeit ab 1867, an die politischen Wirkungen, die von der Kieler Revolution 1918 auf Dänemark ausgingen und eben an die – als Folge des Ersten Weltkriegs – Volksabstimmungen von 1920.

Für unsere Geschichtsgesellschaft bot der 100. Jahrestag der Volksabstimmungen den willkommenen Anlass, sich intensiv mit der Rolle Kiels im Rahmen dieser wegweisenden Entscheidungen mit europäischer Dimension zu befassen. So bezogen schon unsere Vor- und Beiträge zu 1918 die Auswirkungen auf Dänemark immer mit ein. Auch

das von uns finanzierte "Deutschland-Stipendium" widmeten wir diesem Thema: Herr Tobias Schmelzer arbeitete einen besonderen Aspekt heraus, nämlich die Ereignisse von 1920 im Spiegel der Kieler Presselandschaft. Im nächsten Jahr planen wir eine große Exkursion nach Nordschleswig.

Denn die Geschichte unserer Stadt wäre nicht vollständig erzählt, wenn der Einfluss der dänischen Kultur ignoriert würde. Bis heute macht dies eine wichtige Facette unserer urbanen Identität aus. Sie zu erforschen bleibt auch in Zukunft eine wichtige Aufgabe unserer Kieler Geschichtsgesellschaft. Ihr werden wir uns stellen – am besten im engen Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen auf der dänischen Seite; diese wiederum mögen ihre Besuche in Kiel so wie einst der junge Taillefas genießen. Als ziemlich beste Freunde eben!

Rolf Fischer

Vorsitzender der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte

Hier erreichen Sie die Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte: Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte e.V. Geschäftsstelle im Stadtarchiv Rathaus, Zimmer 515 Fleethörn 9 24103 Kiel

Ansprechpersonen: Otto Rohde und Dr. Martin Rackwitz Tel. 0431 901-3962 info@kieler-stadtgeschichte.de

https://kieler-stadtgeschichte.de

50 Jahre Deutsch-Dänische Gesellschaft

Ein Jubiläum mit Hindernissen





Das Jahr 2020 hat uns alle überrascht. Im regionalen Kontext wurde mit teils mehreren Jahren Vorlauf die 100. Wiederkehr der beiden Volksabstimmungen im Landesteil Schleswig im Frühjahr 1920 und der daran anschließend neu erfolgten und bis heute gültigen Grenzziehung zwischen Dänemark und Deutschland geplant. Das Jahr 2020 sollte für 100 Jahre deutschdänische (Grenz-)Beziehungen stehen, für das erfolgreiche und inspirierende Miteinander der Minderheiten und der Mehrheitsgesellschaften, aus dänischer Perspektive für die "Wiedervereinigung", und auf binationaler Ebene sollte es als das erste Deutsch-Dänische Kulturelle Freundschaftsjahr begangen werden. Die Bezeichnung für dieses Freundschaftsjahr 2020

blieb, doch für die in diesem Rahmen geplanten Veranstaltungen brachte die Covid-19-Pandemie mit ihren vielen Bedrohungen für die Gesundheit, für das gesellschaftliche Miteinander und für die Wirtschaft einige Schwierigkeiten. Schließlich wurden sogar die Grenzübergänge zwischen Dänemark und Deutschland geschlossen. Ein Großteil der beidseits der Grenze geplanten Veranstaltungen wurde abgesagt und nur ein Bruchteil wird in 2021 nachgeholt werden können.

Wir können aus Kieler Perspektive – das werden sie mit Blick auf die in dieser Broschüre geschilderten historischen Entwicklungen feststellen – von einem sehr großen Interesse an der deutsch-dänischen Grenze und dem grenzüberschreitenden Verhältnis sprechen, und wir haben auch im Jahr 2020 das Glück, gleich in mehrfacher Hinsicht

von der Landeshauptstadt aus aktive Kontakte nach Norden zu pflegen.

Für uns als Deutsch-Dänische Gesellschaft e.V. markiert das Jahr 2020 darüber hinaus unser ganz eigenes Jubiläum, denn der Verein wird in diesem Jahr 50 Jahre alt!

50 Jahre nach der Grenzziehung wurde am 14. Oktober 1970 unter reger Anteilnahme von Wissenschaft, Politik, Kultur und Wirtschaft im Kieler Schloss die bundesweit erste Deutsch-Dänische Gesellschaft e.V. (DDG) gegründet und es traten spontan 90 der gut 200 Anwesenden als Mitglied bei. Ziel des Vereins ist bis heute die Förderung und Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen zwischen Deutschen und Dänen und die Vermittlung von Kenntnissen, die die geistigen, kulturellen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands und Dänemarks betreffen. Das deutschdänische Verhältnis hatte sich nach dem Zweiten Weltkrieg im Laufe der 1950er und 60er Jahre normalisiert, dennoch gab es im privaten Bereich mehr Interesse als Kenntnis, sodass der Verein auf ein großes gesellschaftliches Echo traf. Initiator und erster Vorsitzender der DDG war der Leiter des NDR-Funkhauses in Kiel, Thomas Viktor Adolph (1914–1997), der sehr gut in der norddeutschen und dänischen Medienlandschaft vernetzt war und dank dessen Arbeit intensiv über die Intentionen und das Programm der DDG in der regionalen wie überregionalen Presse und im Rundfunk berichtet wurde. Über viele Jahre hinweg bestand die DDG aus verschiedenen Sektionen in ganz Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bremen und Hamburg und hatte zeitweise über 900 Mitglieder. Durch Auflösung der meisten Sektionen in den 2000er Jahren befindet sich heute der alleinige Sitz in Kiel mit nur noch einer weiteren Sektion in Lüneburg. Der Verein hat aktuell ca. 350 Mitglieder, der Vorstand ist seit der Vereinsgründung mit Deutschen und Dänen gemeinsam besetzt. Wir bieten ein abwechslungsreiches Veranstaltungsangebot an, das von Vorträgen und Ausstellungen hin zu Denkmalsanierungen und Kulturfahrten reicht und freuen uns weiterhin über neue Mitglieder.

KIEL UND DÄNEMARK

Der Vorstand der DDG hat im September 2020 entschieden, die geplanten eigenen Jubiläumsfeierlichkeiten abzusagen und stattdessen das Vereinsbestehen im Rahmen eines Sommerfestes im kommenden Jahr zu würdigen. Dies erscheint uns gerade mit Blick auf ein älteres Mitgliederklientel und die steigenden Corona Fallzahlen als oberstes Gebot. Umso mehr freuen wir uns, dass die Deutsch-Dänische Gesellschaft im Rahmen dieser Veranstaltung doch noch einen Beitrag zum deutsch-dänischen Jubiläumsjahr leisten und in Erscheinung treten kann.

Als Vorsitzende der Deutsch-Dänischen Gesellschaft möchte ich allen an dieser Veranstaltung Beteiligten meinen Dank für das Engagement und die gute Zusammenarbeit aussprechen und wünsche den einzelnen Vortragenden und Einzelprojekten ein interessiertes Publikum. Ihnen als Leserinnen und Lesern wünsche ich ein kurzweiliges Lesevergnügen – und vielleicht sieht man sich ja im kommenden Jahr bei der ein oder anderen Veranstaltung mit deutsch-dänischem Bezug. Denn das bleibt auch in Zukunft die Aufgabe der DDG: Ein Angebot der Kulturvermittlung und des Kennenlernens zwischen Dänemark und Deutschland zu schaffen und offen zu sein für die Anliegen der Mitglieder und der Gesellschaft.

Ich freue mich auf ein baldiges Wiedersehen! / Jeg glæder mig til vi ses igen!

Ihre Caroline Elisabeth Weber
Vorsitzende der Deutsch-Dänischen Gesellschaft e.V.

50 JAHRE DEUTSCH-DÄNISCHE GESELLSCHAFT

Aktuelle Informationen zur Deutsch-Dänischen Gesellschaft finden Sie unter: www.ddg-kiel.de

Wir freuen uns über Post an: weber-ddg@gmx.de oder Deutsch-Dänische Gesellschaft e.V. z. Hd. Herrn Rolf Ingenfeld Stellv. Vorsitzender Alte Feuerwache 11 24103 Kiel

Aarhus

Die jüngste von Kiels Partnerstädten

von Daniela Roth, Büro des Stadtpräsidenten



In Aarhus vereinen sich der dynamische Life-Style der Gegenwart und ein historisches Herz auf eindrucksvolle Weise. Als zweitgrößte Stadt Dänemarks war Aarhus im Jahr 2017 Kulturhauptstadt Europas. Das Stadtbild mit seinen innovativen Bauten ist beeindruckend: Ob das

Kunstwerk "Your rainbow panorama" oder das "Dokk1" – Aarhus entwickelt und denkt seine Stadt- und Hafenplanung völlig neu und bindet Konversionsflächen am Wasser in sein Stadtbild ein. Kaum verwunderlich, dass sich Kiel im Zuge der Entstehung des Holstenfleets mit Aarhus ausgetauscht hat. Im Mai 2019 unterzeichneten Kiel und Aarhus eine Kooperationsvereinbarung. Die Partner sind sich einig, dass durch den Wissenstransfer die Entwicklung beider Städte gefördert und die Lebensqualität für die Einwohner*innen stetig verbessert wird.

"Let's-do-it-together"-Projekte

Obwohl die Partnerschaft zwischen Kiel und Aarhus erst eineinhalb Jahre besteht, wurden bereits vielfältige Projekte realisiert, die selbst im Corona-Jahr nur wenig gebremst werden. Im Mittelpunkt stehen dabei die Themen Wissenstransfer, Digitalisierung und eine nachhaltige Wirtschafts- und Stadtentwicklung.

Intensive Kontakte bestehen schon seit einigen Jahren zwischen der Aarhus University und der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU). Neben der Vernetzung der Studierenden unterstützen beide



"Blick über Aarhus" (Landeshauptstadt Kiel, Kerstin Graupner)

Städte Hochschulprojekte auch finanziell – u. a. die "Danish-German Summer School" der juristischen Fakultäten.

Aarhus dient Kiel nicht nur in städtebaulicher Hinsicht als Inspirationsquelle, auch die digitale Strategie hat Vorbildcharakter. Bei einem Besuch der "Internet Week Denmark" in Aarhus war der Kieler Oberbürgermeister Dr. Ulf Kämpfer derart begeistert, dass er mit der Digitalen Woche 2017 ein ähnliches Format ins Leben rief. Seither hat Aarhus jedes Jahr an der #DIWOKiel teilgenommen; im Gegenzug reisen Kieler Institutionen und Unternehmen jedes Jahr im Mai in die Partnerstadt. Auch für das "Waterkant Start-Up Festival" in Kiel konnten bereits Gäste aus Aarhus gewonnen werden.

Die geografische und sprachliche Nähe zwischen Kiel und Dänemark begünstigt eine Zusammenarbeit auch im wirtschaftlichen Bereich. Gemeinsame wirtschaftspolitische Interessen wie eine nachhaltige Wirtschaftsförderung und der Weg zur "Smart City" haben aktuell dazu geführt, dass Kiel und Aarhus gemeinsam den Wirtschaftsausschuss des größten nordeuropäischen Städtenetzwerks "Union of the Baltic Cities" leiten.

Für die Kieler Bevölkerung besonders sicht- und erlebbar ist die Vernetzung im kulturellen Bereich. Aarhus ist nicht nur herausragend im Design, sondern bietet auch eine lebendige Musik- und Theaterszene. In diesem Jahr kooperierte das Frequenz Festival der Klangkunst in Kiel mit dem SPOR Festival Aarhus und lud den Künstler Kaj Duncan David aus der Partnerstadt ein. Dänische Beteiligung gab es zudem beim LÜST Festival für regionale Esskultur 2019. Inspiriert von der Foodszene der Region Aarhus hatten die Festivalorganisatoren einen Keynote-Speaker und einen Sternekoch aus Aarhus eingeladen. Auch in den nächsten Jahren soll der Austausch in den Bereichen Stadtplanung, Mobilitätskonzepte sowie Kultur und Bildung fortgesetzt und intensiviert werden. Die Partnerschaft mit Aarhus hat großes Potential, beide Städte in ihrer globalen Verantwortung für Völkerverständigung und Nachhaltigkeit zu stärken und das beiderseitige Bekenntnis zu Europa zu fördern.

Deutsch-dänische Zusammenarbeit in der Praxis: Die Intraprenør Labs als Change-Management Community für Mitarbeiter*innen aus Aarhus und Kiel

von Sophie Mirpourian, Anschar Kultur- und Kreativwirtschaft GmbH

Was braucht es um Veränderung in Organisationen nachhaltig voranzutreiben und nicht den Mut zu verlieren? Wie wäre es mit einer Gemeinschaft aus kreativen Angestellten aus Aarhus und Kiel!

Mit vier Labs im Herbst 2020 bietet der Anscharcampus in Kooperation mit dem dänischen Hochschulinkubator The Kitchen und Verein Humanister i Erhvervslivet einen Rahmen für gezielte Masterclasses von Expert*innen, Reflektionen und gegenseitige Unterstützung. Als Kultur- und Kreativzentrum sind wir nah an Innovationen und kreativen Ideen, aber nicht nur Start-Ups treiben Veränderungen voran. Kreative Angestellte sitzen an den Stellschrauben und Schnittstellen von Umsetzung, Hemmschwellen und Transformationen – wir nennen sie Intrapreneure!

AARHUS – DIE JÜNGSTE VON KIELS PARTNERSTÄDTEN

Die finanzielle Förderung der Landeshauptstadt Kiel gibt uns die Möglichkeit Partnerschaft in der Praxis zu üben und das Format Intraprenør Labs mit Kompetenzen aus Dänemark und Deutschland zu erproben. Schon jetzt ist klar, es gibt viele bekannte Methoden, aber die Herausforderungen liegen bei Umsetzung und Ausdauer.

Was hält Dich davon ab Veränderungen in Deiner Organisation voranzutreiben?

Mehr Informationen:

https://anscharcampus.de/akteure/intraprenor-labs

Mit ihrem Förderfonds Städtepartnerschaften unterstützt die Landeshauptstadt Kiel zivilgesellschaftliche Projekte mit den 13 Partnerstädten Kiels.

Nähere Informationen unter:

https://www.kiel.de/de/kiel_zukunft/kiel_international/index.php

Grenzabstimmung 1920

Was sollte das die Kieler*innen angehen?¹

Von Tobias Schmelzer

Am 10. Februar und 14. März 1920 durften die Menschen in Nordund Mittelschleswig abstimmen, ob sie zukünftig zu Dänemark oder Deutschland gehören wollen. Das Ergebnis dieser beiden Abstimmungen war der Grenzverlauf, der noch heute unverändert existiert und nach Inkrafttreten des Schengen-Abkommens fast aus dem Landschaftsbild verschwand. Mittlerweile lässt sich die Grenze wieder im Landschaftsbild erkennen, da Dänemark entlang des Verlaufs einen Zaun zur Abwehr von Wildschweinen erbauen ließ.

Zunächst erfolgt eine kurze Darstellung der Vorgeschichte der Abstimmungen. Schlaglichtartig werden einige Ereignisse und Ideen auf dem Weg zu den Volksabstimmungen betrachtet, um aufzuzeigen, dass die Grenzabstimmungen auch Kieler*innen etwas angingen und es auch so empfunden wurde.

Anschließend wird Kiel kurz vorgestellt und auch dargelegt, wie die Medienlandschaft in der Zeit vor Radio oder Fernsehen, ganz zu schweigen von Facebook oder Twitter, in Kiel aussah. Es gab nur die Tageszeitung als einziges regelmäßig und aktuell berichtendes Medium. Ob und in welchem Maße die #Volksabstimmung 1920 in Kiel Relevanz für die Kieler*innen besaß, lässt sich am ehesten am

¹ Dieser Text ist eine gekürzte und überarbeitete Version meiner im November 2019 eingereichten Masterarbeit, die von Prof. Dr. Oliver Auge und Caroline E. Weber (M. A.) betreut wurde. Für die erhaltenen Ratschläge, Hinweise und Betreuung möchte ich beiden danken. Ebenso bin ich der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte e. V. zum Dank verpflichtet, die mich im Masterstudium mit einem Deutschlandstipendium gefördert hat.

,Twittertrend' der Zeit, also der Artikel der Tageszeitungen, ablesen.² Dass dieses Thema eine besondere Brisanz in der Kieler Presse hat, zeigt der Umstand, dass von Mai 1919 bis zum Jahreswechsel 1919/1920 an ausschließlich 25 Tagen keine Berichterstattung zur #Volksabstimmung vorkommt. Insgesamt wird der Zeitraum von Mai 1919 bis Juli 1920 betrachtet.

1200 Jahre deutschdänische Grenzgeschichte – sehr kurzgefasst

Die deutsch-dänische Grenze wurde erstmals zu Zeiten von Karl dem Großen im Jahr 811 auf die Eider festgelegt, wobei deutsch und dänisch in diesem Zusammenhang weit Description of the control of the co

Abb. 1: Die Berichterstattung zur bevorstehenden Abstimmung in der zweiten Zone nimmt den Großteil der Titelseite ein und wird mit der Schlagzeile hervorgehoben. Hierdurch zeigt sich die Bedeutung, die der Volksabstimmung von der Zeitung der Kieler SPD beigemessen wurde. Titelblatt der Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung vom 12 März 1920 (Quelle: SHLB).

gedehnte Begriffe sind. Aus dänischer Sicht bestand die Südgrenze #Dänemarks an dieser Stelle aber seither fort.

Auf deutscher Seite wird mit dem Ripener Privileg von 1460 argumentiert. Der dänische König erhielt die Herrschaft über Schleswig und

² Im Unterschied zum Twittertrend, der die Anzahl der Verwendung des jeweiligen Hashtags angibt, waren die Themen zwar Schwerpunktthemen der Berichterstattung, aber nicht zwangsläufig auch die Themen mit den meisten Beiträgen.

Holstein und es wurde festgelegt, dass irgendwer "ewich tosamende ungedelt" bleiben solle. Bis heute gibt es verschiedene Vorstellungen, wie dieser Satz gedeutet werden soll. Für die deutschen Nationalisten war und ist aber klar, dass Schleswig und Holstein #up ewig ungedeelt bleiben sollen und sie entwickelten damit den Leitsatz des schleswig-holsteinischen Selbstverständnisses, der bis heute gerne verwendet wird.

Warum stand Schleswig zwischen #Dänemark und Holstein? Das Herzogtum Schleswig gehörte vor 1864 nie zu Deutschland, sondern war im Mittelalter ein dänisches Königslehen, das von einem durch den dänischen König eingesetzten Herzog regiert wurde. Schleswig und Holstein wurden ab 1440 in Personalunion von Adolf VIII. (1401–1459) geführt, der 1459 ohne rechtmäßigen Erben starb. Da der Umstand, dass beide Territorien von einem Herrscher geführt wurden, der schleswig-holsteinischen Ritterschaft zugutekam, wählten diese entgegen des geltenden Rechts und der Erbfolge den dänischen König Christian I. (1426–1481) als neuen Herrscher für beide Territorien. Diese Verbindung bestand sogar bis 1972 im offiziellen Titel des dänischen Königs Frederik IX. (1899–1972) fort: "Von Gottes Gnaden König von Dänemark, der Wenden und Goten, Herzog von Schleswig, Holstein, Stormarn, Dithmarschen, Lauenburg und Oldenburg".

Im 19. Jahrhundert entwickelte sich die schleswigsche bzw. nordschleswigsche bzw. #schleswig-holsteinische Frage über die nationale Zugehörigkeit Schleswigs, da kulturell und sprachlich sowohl Deutsch als auch Dänisch in Teilen Schleswigs vorherrschend waren und eine eindeutige nationale Zuordnung nicht widerspruchslos erfolgen konnte.

Nachdem die nationalistische Rivalität zunehmend feindseliger wurde, brach 1848 ein Krieg aus, der als erster Schleswigscher Krieg (1848–1851) in beiden nationalen Geschichtsschreibungen Eingang fand. Gemeinhin wird er aber auf Deutsch als *Schleswig-Holsteinische Erhebung* (gegen das von #Dänemark verursachte Unrecht) und auf Dänisch *Oprør* – Aufstand – genannt, womit jeweils eine Wertung

des Anlasses verbunden ist. Auslöser war ein Verfassungsentwurf für #Dänemark und Schleswig, der zu einer rechtlichen Trennung der beiden Herzogtümer geführt und Schleswig näher an #Dänemark gebunden hätte.

Im Jahr 1851 kam es unter Vermittlung der europäischen Großmächte zu einem Abkommen, das die Rückkehr zum rechtlichen Zustand von vor 1848 vorsah und die Maßgabe enthielt, dass #Dänemark Schleswig nie näher an sich binden dürfe als Holstein. Aus diesem Kampf erwuchs ein #blau-weiß-rotes Selbstverständnis der Schleswig-Holsteiner*innen, das zu einer deutlichen Abgrenzung zu #Dänemark aber auch in gewisser Weise gegenüber dem übrigen Deutschland führte.

Der dänische König Christian IX. (1818–1906) unterzeichnete nach seiner Thronbesteigung 1863 eine neue Verfassung für #Dänemark und Schleswig; und wieder führte die Verfassungsgabe zu einem Krieg. Diesmal wurde dieser aber nicht von den Schleswig-Holsteiner*innen, sondern von Preußen und Österreich geführt. Mit der Erstürmung der Düppler Schanzen im April 1864 war der Krieg zugunsten Preußens und Österreichs entschieden und #Dänemark musste seine Ansprüche auf die Herzogtümer aufgeben, die zunächst unter preußisch-österreichische Verwaltung gestellt und nach dem Deutschen Krieg (1866) ab 1867 als Provinz Schleswig-Holstein in das Königreich Preußen inkorporiert wurden.

Ab diesem Zeitpunkt galt die 'preußische Lösung der schleswigholsteinischen Frage': Alle Schleswig-Holsteiner*innen waren Preußen und Deutsche. Die dänisch-gesinnte Bevölkerung erlebte durch die Verwaltung und Regierung Unterdrückung. Aufgrund dieses Drucks blieb der Wunsch in der dänischen Minderheit, die in weiten Teilen Nordschleswigs in der Mehrheit war, nach einem Anschluss an #Dänemark bestehen, zumal Preußen und Österreich die Durchführung einer Abstimmung über die nationale Zugehörigkeit Nordschleswigs vereinbarten, die Preußen aber nicht durchführen wollte. #Dänemark als "kleiner Nachbar" wollte und konnte nicht auf dieser

KIEL UND DÄNEMARK



Abb. 2: Umzug anlässlich des Schleswig-Holstein-Tags in Kiel am 25. Mai 1919, mit Bekundungen für die Einheit Schleswig-Holsteins. Die gezeigten Plakate mit Aufschriften wie "Jungs holt fast!" oder "Teures Land Du Doppeleiche, Bleibe treu, mein Vaterland!" sind als Ablehnungen des Versailler Vertrags und der Volksabstimmung zu verstehen (Quelle: StAK 1.1 FotoSlg 54993).

Abstimmung bestehen, da die deutsche Reaktion gefürchtet wurde.

Nach der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg (1914–1918) konnte #Dänemark die #schleswig-holsteinische Frage auch auf die Agenda der Pariser Friedenskonferenz bringen und die Ententemächte (Vereinigtes Königreich, Frankreich, USA und Italien) wurden Garantiemächte der Grenzabstimmung und

der zukünftigen Grenze. Der Versailler Vertrag sah vor, dass in zwei Zonen alle Menschen – Frauen und Männer – abstimmen durften. die mindestens 20 Jahre dort gelebt hatten oder im Abstimmungsgebiet geboren wurden und am Abstimmungstag mindestens 20 Jahre alt waren. In der ersten Zone wurde ein Gesamtergebnis erhoben, sodass die gesamte Zone entweder dänisch werden oder deutsch bleiben würde. In der zweiten Zone wurde in jeder Gemeinde ein Ergebnis erhoben, so dass einzelne Gemeinden mit dänischer Mehrheit an #Dänemark fallen könnten. Die Deutschen sahen in den Vorgaben eine #ungerechte Bevorzugung #Dänemarks. Zudem wurde auch der Zeitpunkt kurz nach dem Krieg als #ungerecht betrachtet, da Deutschlands Wirtschaft aufgrund der Blockade und des Krieges geschwächt war und die Befürchtung bestand, dass sich Deutsche aus wirtschaftlichen Gründen für #Dänemark entscheiden würden, da von dänischer Seite gezielt #Speckpropaganda betrieben wurde.

Kiel - zentraler Ort der Provinz, aber noch nicht Landeshauptstadt

In den 50 Jahren vor dem Ersten Weltkrieg wuchs die Kieler Bevölkerung rasant. Zählte die Stadt um 1860 knapp 22.000 Einwohner*innen, lebten in Kiel um 1913 bereits 240.000 Menschen, zugleich wuchs auch das Stadtgebiet. In dieser Zeit veränderte der Strukturwandel das Gesicht Kiels erheblich. Mit der Verlegung des Reichskriegshafens von Danzig nach Kiel wurde Kiel zur Garnisonsstadt. Neben den militärischen Einrichtungen wurden auch zahlreiche Werften und Schwerindustrie auf dem Kieler Ostufer angelegt. Kiel wurde zu einer Industriestadt und die Arbeiterschaft wurde zu der größten gesellschaftlichen und politischen Gruppe.

Durch die Niederlage im Ersten Weltkrieg stand Kiel vor einer ungewissen Zukunft. Die Reduzierung der deutschen Streitkräfte und das Verbot zum Besitz und Bau schwerer Waffen trafen Kiel erheblich, da knapp 32.000 Kieler*innen Arbeit bei den militärischen Einrichtungen fanden und noch einmal rund 20.000 Menschen in den Rüstungsbetrieben arbeiteten. Also stand ein großer Anteil der Kieler Bevölkerung (wenn man die Familienangehörigen mit einrechnet) vor einer wirtschaftlich ungewissen Zukunft.

Trotz ihrer Größe besaß Kiel noch nicht den Status der Landeshauptstadt, da zentrale Institutionen der Verwaltung in dieser Zeit noch in Schleswig residierten. Nur ein Oberlandesgericht und die Landes-universität befanden sich dauerhaft in Kiel, während die Spitze der Verwaltung zwar zeitweise, aber nur provisorisch, nach Kiel verlegt wurde. Somit besaß Kiel noch nicht die herausragende politische Bedeutung im Land.

Reichsweite politische Bedeutung erlangte Kiel im November 1918, als Ort des Matrosen- und Arbeiteraufstandes, der das Kaiserreich zugunsten der Republik überwand. Das revolutionäre Geschehen spaltete die Stadt entlang der gesellschaftlichen Gruppen. Die Arbeiterschaft kämpfte für die neue Staatsform, während konservative Kreise des Bürgertums dem Kaiserreich nachtrauerten. Zwischen

diesen Polen kam es in Kiel in den Anfangsjahren der Weimarer Republik zu teils bewaffneten Auseinandersetzungen.

Die Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschland (USPD) versuchte ihre Vision einer Räterepublik im Februar 1919 auch in Kiel gewaltsam durchzusetzen. Der Spartakusaufstand wurde aber von den Anhängern der Weimarer Republik mithilfe von reaktionären Kräften niedergeschlagen, die trotzdem weiterhin eine Rückkehr zu den Verhältnissen des Kaiserreichs anstrebten. Nur knapp ein Jahr später putschten eben diese Kräfte auch in Kiel gegen die Republik. Der Kapp-Lüttwitz-Putsch im März 1920 führte zu blutigen Straßenkämpfen mit der Arbeiterschaft, die den Kampf zunächst mit einem Generalstreik aufnahm und sich anschließend bewaffnete. Bei den schwersten Zusammenstößen in Kiel zwischen Putschisten und den Verteidigern der Republik kam es am 18. März 1920 ("blutiger Donnerstag") zu dutzenden Toten und rund 200 Verwundeten.

Drei Kieler Tageszeitungen positionierten sich eindeutig gegen den Putsch, während die vierte keine Position einnahm. Bei den drei Zeitungen handelte es sich um Presseerzeugnisse, die sich eindeutig politischen Parteien zuordnen lassen, also um Parteizeitungen. Als auflagenstärkste Parteizeitung erschien die sozialdemokratische Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung (SHVZ) in Kiel, die zeitweise von bekannten Kieler Sozialdemokraten wie Eduard Adler (1861–1938) und Andreas Gayk (1893–1954) geleitet wurde.

Als zweite Parteizeitung, die auch dem Arbeitermilieu zuzuordnen ist, erschien für nur rund vier Jahre die *Republik (Rep)*, die der USPD nahestand. Diese Zeitung widmete der #Volksabstimmung nur wenig Aufmerksamkeit und nutzte die Berichterstattung, um sich von der Politik des Kaiserreichs und der Weimarer Republik zu distanzieren.

Die dritte Parteizeitung stand in der Tradition der schleswig-holsteinischen Liberalen und bekannte sich zu den Positionen der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), obwohl es keine feste Bindung zu der Partei gab. Die *Kieler Zeitung (KiZ)*, die 1864 von Wilhelm Ahlmann

(1817–1910) gegründet wurde, ist die einzige Parteizeitung im bürgerlichen Milieu. Ahlmann hatte sich 1848 in der provisorischen Regierung engagiert und war später lange Jahre auch ein Stadtverordneter in Kiel, so dass der Verweis auf seinen Namen auf jeder Titelseite der Ausgaben die regionale Verwurzelung, Tradition und das Bekenntnis zum Liberalismus verband.

Die vierte Zeitung nahm für sich in Anspruch unparteilich zu sein, hatte aber eine grundsätzlich konservative Ausrichtung, wie es aber für die Mehrheit der Zeitungen aus der 'Provinz' typisch war. Die Kieler Neuste Nachrichten (KNN) gehörte zur Generalanzeigerpresse und hatte mit über 60.000 Exemplaren je Ausgabe eine höhere Reichweite als alle drei Parteizeitungen zusammen (SHVZ ca. 30.000, KiZ ca. 15.000, Rep. ca. 4.000). Natürlich wurden in Kiel auch überregionale Tageszeitungen verkauft und neben diesen täglich erscheinenden Zeitungen gab es auch regionale Wochenblätter oder Monatszeitschriften. Aber nur diese vier Blätter weisen den direkten Bezug zu Kiel und eine aktuelle Berichterstattung auf.

Im weiteren Verlauf werden dem Verlauf des Beobachtungszeitraums folgend die erwähnten Hashtags behandelt. Durch Gegenüberstellungen verschiedener Beiträge aus der KNN, KiZ und SHVZ soll auf diese Weise ein Überblick über die Berichterstattung erfolgen.

#schleswig-holsteinische Frage

Die #schleswig-holsteinische Frage war 1920 nicht neu, sondern wurde im Kontext der #Volksabstimmung nur erneut aufgeworfen. Daher positionierten sich die Tageszeitungen als Reaktion auf die Vorgaben des Versailler Vertrages bzw. verwiesen auf ihre bisherige Haltung. Die Spannbreite der Positionierungen erstreckte sich von Desinteresse (Rep), über das Verständnis für die dänischen Ansprüche (SHVZ), bis zur Empörung (KNN) und der kategorischen Ablehnung der #Volksabstimmung (KiZ). Hierbei gingen die Tageszeitungen auch in verschiedenster Weise vor, um ihre Sicht zu transportieren.

Die *KiZ* versucht die eigene Überzeugung durch Belege argumentativ zu untermauern. Sie reagiert auf die Berichterstattung der dänischgesinnten Tageszeitung *Hejmdal* aus Apenrade in der Abendausgabe vom 28. Mai 1919 mit dem Artikel "Schleswig-Holsteins Recht bis zur Königsau" und verfechtet ihre Position rational begründet:

"Das Apenrader Blatt »Hejmdal« suchte kürzlich das Recht Dänemarks, seine Grenze nach Süden hin zu verschieben, durch die Bemerkung, zu erweisen, daß es uns schwer fallen würde, in dem »urdänischen« Nordschleswig und besonders an der Königsau Ortsnamen deutschen Ursprungs nachzuweisen. Mit dieser törichten Bemerkung kam das Blatt uns gerade gelegen, denn »Waldemars Erdbuch« – ein Beweismittel, dem selbst »Hejmdal« eine gewisse Glaubwürdigkeit nicht abstreiten kann – machte den Nachweis besonders leicht, daß die für dänisch ausgegebenen nordschleswigschen Ortsnamen auf -rup und -trup und zahllose andere durchaus friesischen oder anglischen Ursprungs mit flüchtig darüber getünchter dänischer Färbung sind."

Obwohl die KiZ ihre strikte Ablehnung der #Volksabstimmung zum Ausdruck bringt, bleibt der Tonfall weitestgehend sachlich. Der Wert der Argumente sei an dieser Stelle dahingestellt, da sich an diesem Bericht exemplarisch das Vorgehen der KiZ in der Auseinandersetzung um Nordschleswig zeigt. Die KiZ nutzt zwar auch Polemik, aber setzt diese pointiert ein. Hingegen nutzt die KNN ausschließlich emotionale Entgegnungen, um die Volksabstimmung zu verleumden und diese als #ungerecht darzustellen. So bekräftigt am 15. Mai 1919 die KNN in dem Artikel "Die Zukunft Schleswig-Holsteins", mit Bezug auf einen Artikel vom 23. Oktober 1918 über die Rede des dänisch-gesinnten Reichstagsabgeordneten Hans Peter Hanssen (1862–1936), in der er die #schleswig-holsteinische Frage im Reichstag stellte, ihre Haltung:

"»Schleswig-Holstein ist ein ungeteiltes und unteilbares Ganze. »Up ewig ungedeelt!« heißt sein altes Kampfwort. Diese Losung ist der Schutz des Deutschtums in Nordschleswig. Auseinandergerissen darf unsere einheitliche Nordmark nicht werden.« [...] Der alte Leitspruch der

Schleswig-Holsteinischen Geschichte »Up ewig ungedeelt« ist so fest in die Ueberzeugung des schleswig-holsteinischen Volkes verankert, er ist ein so bedeutsames Erbe einer großen Vergangenheit, daß wir mit aller Kraft an ihm festhalten wollen. [...] Es ist unser Sturmbanner in einer Zeit in der der dänische Wind über die Nordmark weht, ein Schutzschild für die Einheit unserer meerumschlungenen Heimat, [...]."

Die beiden Ausschnitte aus den Artikeln zeigen, dass beide Zeitungen in der Positionierung nah beieinanderstehen, aber in der Wahl der Mittel deutliche Unterschiede aufweisen. Während die KNN ein A shrinks. Scholars will be subject to the subject

Abb. 3: Die Schlagzeile zeugt von dem in der Kieler Bevölkerung verbreiteten Empfinden, dass die Volksabstimmung Unrecht ist. Titelblatt der *SHVZ* vom 21.05.1919 (Quelle: SHLB).

historisches Recht anhand von #up ewig ungedeelt heraufbeschwört, versucht die *KiZ* anhand einer Quelle zu belegen, dass es einen historischen deutschen Anspruch gibt. Für die *KNN* reicht es lediglich das Schlagwort #up ewig ungedeelt zu nennen und so den deutschen Anspruch zu untermauern.

In der Wortwahl und Sprache weist die *KNN* hierbei Parallelen zur *SHVZ* auf, die ähnlich emotional aber für eine andere Haltung plädiert. Am 21. Mai 1919 titelt die *SHVZ* "Die Vergewaltigung Schleswigs". Hiermit wird ein Beitrag des Staatskommissars und

SPD-Politikers Dr. Adolf Köster (1883–1930) überschrieben, in dem dieser eine Einschätzung zur Volksabstimmung äußert:

"Durch nichts haben die Versailler Friedenspolitiker ihren schamlosen Annexionismus so enthüllt, wie durch die von ihnen vorgeschlagene Methode der Behandlung Schleswigs. Man muß weit in der Geschichte zurückgehen, um etwas Aehnliches zu finden wie das, was sich hier oben im Norden augenblicklich abspielt. Die alliierten Sieger wollen dem neutralen dänischen Volke Landstriche und Bevölkerungsteile aufhalsen, gegen die sich Regierung und Volk von Dänemark selber mit Händen und Füßen sträubt. Nicht um durch eine neue Grenze endgültig Frieden und Versöhnung zwischen den beiden befreundeten Rassen des Nordens zu schaffen, hat die Entente den Vorschlägen einiger fanatischer Dänen in Paris nachgegeben. Ihre Absicht ist vielmehr zunächst Deutschland wertvoller landwirtschaftlicher Strecken zu berauben, dann aber statt der von beiden Seiten erstrebten Verständigung, statt der künftigen engen Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Dänen neuen Haß und neuen Unfrieden zwischen ihnen zu säen "

Der Begriff Vergewaltigung, der heute als Hauptbedeutung einen Akt sexueller Gewalt bezeichnet, besitzt in der Zeit der #Volksabstimmung eine andere Hauptbedeutung. Vielmehr besaß Notzucht die Bedeutung, die heute dem Begriff Vergewaltigung inhärent ist. Unter Vergewaltigung verstand man primär den widerrechtlichen Eingriff in fremde Rechte, Personen, Dinge oder Länder. Mit diesem Begriff (in seinem historischen Verständnis) lässt sich das Empfinden der Zeitgenossen hinsichtlich der #Volksabstimmung zusammenfassen. Aufgrund des Drucks der Entente dem Versailler Vertrag zuzustimmen und dem Eingriff in das Staatsgebiet zugunsten der unbeteiligten Dänen, empfanden es die Schleswig-Holsteiner als Raub oder Eroberung, die sie als schleswig-holsteinisches Kollektiv erleiden mussten.

Der Begriff "Vergewaltigung" wurde in allen vier Tageszeitungen genutzt, um die Vorgaben des Versailler Vertrages zu charakterisieren und spiegelt die grundsätzliche Haltung zum (aus damaliger Perspektive als "Gewaltfrieden" oder "Schanddiktat" bezeichneten) Friedensvertrag und in diesem Kontext auch zum Wiederaufwerfen der #schleswig-holsteinischen Frage wider.

Als einzige Tageszeitung nahm die *Rep* keine eindeutige Haltung in der #schleswig-holsteinischen Frage ein, da in dieser andere Inhalte des Versailler Vertrages im Vordergrund stehen. Sie äußert sogar Verständnis für die harten Bedingungen des Friedensvertrages, da sie das Kaiserreich als Kriegstreiber betrachtet. Hierbei wird deutlich, dass die *Rep* die #Volksabstimmung als innenpolitisches Thema begreift und es nutzt, um sich von der Politik des Kaiserreichs und der Weimarer Republik abzugrenzen und weiter auf das Ziel der Weltrevolution hinzuarbeiten.

Im Vorfeld der Abstimmungen

Ein Thema im Vorlauf der #Volksabstimmung ist der Blick nach Norden über die (alte) Grenze hinweg nach #Dänemark. Wie die grundsätzliche Positionierung variiert auch die Wahrnehmung #Dänemarks. Sind die Dänen in der KNN der 'Hauptfeind', zeichnen SHVZ und KiZ ein ambivalentes Bild. Die Auseinandersetzung mit #Dänemark nahm einen großen Teil der Berichterstattung ein, da das dänische Handeln hinsichtlich der #Volksabstimmung 'argwöhnisch' verfolgt wurde.

Hierbei wurde insbesondere der Vergleich der dänischen und deutschen Wirtschaft sowie deren Zukunftsperspektiven ausführlich und aus verschiedenen Perspektiven betrachtet. Die Kieler Tageszeitungen betrieben eine eigene #Speckpropaganda, indem beispielsweise die SHVZ über die Arbeitslosigkeit in der dänischen Arbeiterschaft, die KiZ über die Schwierigkeiten des dänischen Außenhandels und die KNN über die Folgen für den Agrarstandort Nordschleswig berichtet.

Die *SHVZ* berichtet am 10. Juni 1919 unter der Überschrift "Erschreckende Arbeitslosigkeit in Dänemark", dass die Lage auf dem Arbeitsmarkt beim nördlichen Nachbarn besonders aus Sicht der

Arbeiterschaft kritisch sei, da durchschnittlich "17,4 Prozent der gesamten Arbeiterschaft" im Jahr 1918 in #Dänemark arbeitslos gewesen seien. Die *SHVZ* verdeutlicht mit diesen Zahlen, dass es gerade für die Arbeiterschaft nicht erstrebenswert sein kann, für einen Anschluss Nordschleswigs an #Dänemark zu stimmen. Dass diese Nachrichten in direktem Bezug zur #Volksabstimmung stehen, wird deutlich, da sie teilweise gemeinsam mit Berichten aus dem Abstimmungsgebiet unter einer gemeinsamen Sammelüberschrift stehen.

Trotz der gegen #Dänemark gerichteten Inhalte, bleibt die Sprache freundlich und zurückhaltend, sodass auf Polemik oder aggressive Sprache verzichtet wird. In gleicher Weise bleibt die Sprache in der *KiZ* nüchtern und zurückhaltend, sodass die Haltung der Zeitung selten durchdringt. Je näher der Termin der #Volksabstimmung kommt, desto deutlicher wird die Sprache der *KiZ* und nähert sich der *KNN* an.

Die Stimmung, die die KNN gegenüber #Dänemark und den Dänen verbreitet, ist von Beginn an erheblich feindseliger. Zwar gibt es auch hier sachliche Artikel, die die wirtschaftlichen Folgen für Nordschleswig nach dem Anschluss an #Dänemark düster zeichnen, aber ebenso finden sich hier polemische Beiträge, in denen eindeutig #Dänemark als Feind im Kampf um Schleswig betrachtet wird. Am 24. Oktober 1919 veröffentlicht die KNN einen Aufruf des in Kiel ansässigen Postsekretärs Henning Hölks, in dem er das Verhalten #Dänemarks in Bezug auf die #Volksabstimmung mit scharfen Worten kritisiert. Der Artikel wird in der linken (ersten) Spalte der Titelseite unter der Überschrift "Nordmarkdeutsche – die Heimat ruft uns" veröffentlicht und richtet sich in erster Linie an die Stimmberechtigten:

"In wenigen Wochen soll es Ergebnis werden, das Schmachvolle: die von den Feindmächten ohne Anhörung Deutschlands uns vorgeschriebene Abstimmung in Nordschleswig. Ohne ehrlichen Waffengang, ja unter Verzicht auf jede Verhandlung mit Deutschland, dem rechtmäßigen Besitzer der Nordmark, hat dänischer Chauvinismus sich, als wir unterlegen waren, hinter die Entente gestellt, und die Hinterlist siegte."

In diesem Beitrag werden wieder die Dänen und ihr "Chauvinismus" als Feind im Kampf um Nordschleswig genannt. Chauvinismus wird hier in einer Art verwendet, die im heutigen Sprachgebrauch weitestgehend verschwunden ist und durch "(übersteigerter) Nationalismus" verdrängt wurde. Zudem wird das Verhalten der Dänen als nicht ehrlich und als "Hinterlist" bezeichnet, also äußert negative Zuschreibungen, während Deutschland als rechtmäßiger Besitzer bezeichnet wird.

Variiert die Haltung gegenüber #Dänemark in den verschiedenen Zeitungen, sind sie sich in der Beschwörung eines #blau-weiß-roten Gemeinschaftsgefühls einig. Dieses wird aus dem historischen Recht #up ewig ungedeelt gespeist und zum anderen daraus, dass die #Volksabstimmungen auch als Fortsetzung der beiden Schleswigschen Kriege (1848–51 und 1864) des 19. Jahrhunderts begriffen wird. Daher lassen sich in der Berichterstattung häufig sprachliche Bilder wie bspw. "Sturmbanner" finden, die den 'Urnengang' als 'Waffengang' darstellen.

Während der und nach den Abstimmungen

Am Tag der Abstimmung in der ersten Zone, dem 10. Februar 1920, veröffentlicht die *KNN* unter dem Titel "Zum Tage der Abstimmung" einen Aufruf des Deutschen Ausschusses für Schleswig, der auch die Haltung der *KNN* im Vorfeld der #Volksabstimmung widerspiegelt:

"Am Dienstag [den 10. Februar 1920; T.S.] wird sich das Schicksal der ersten Zone Nordschleswigs entscheiden. Der Deutsche Ausschuß für das Herzogtum Schleswig hat in letzter Stunde noch einmal die deutschen Brüder und Schwestern aufgerufen, der Heimat und dem Vaterlande gegenüber die Pflicht der Treue zu erfüllen. [...] »Sie kommen zu uns aus dem ganzen Reich, aus weiter Ferne, die Söhne und Töchter unserer aller Mutter, unseres geliebten deutschen Volkes. Sie kommen uns zu sagen: Wir vergessen euch nicht. Wir helfen euch jetzt. Wir verlassen euch nie! Sie kommen uns zu mahnen: vergeßt eure Mutter nicht. Sie leidet jetzt



Abb. 4: Pro-dänisches Plakat mit den mythischen Figuren Mor Danmark und der "geraubten Tochter" (Schleswig). Der Text stammt aus einem Gedicht von Henrik Pontoppidan (1857-1943) und lautet auf Deutsch "Es klingt wie Märchen, eine Sage aus alten Tagen. Eine geraubte Tochter, zutiefst betrauert. kommt gerettet zurück. Heil dir, du Mutters Augenstern in die Zukunft' Morgenröte" [Übersetzung T. S.] (Quelle: Archiv der Dänischen Zentralbibliothek für Südschleswig in Flensburg).

Not. [...] Wie feiern heute das Fest der deutschen Treue und Liebe mitten in der Not, gerade jetzt in der Not. Aus Treue und Liebe wird neue Herrlichkeit entsprießen. Auch wenn die Entscheidung des Tages uns vergewaltigt, Treue und Liebe bleibt auch gegen Tagesentscheidung, und kann sie wandeln! Wer aber nicht steht, nicht treu bleibt, an dem erfüllt sich, was das Friesenlied sagt: Wer die Heimat nicht liebt und die Heimat nicht ehrt, ist ein Lump und des Glücks der Heimat nicht wert.«"

Der Deutsche Ausschuss reagiert auf die dänische Agitation, die auf einigen Wahlplakaten die mythische Figur Mor Danmark – Mutter Dänemark – als Symbol für #Dänemark verwendet, um Germania in gleicher Weise darzustellen, obwohl im Wahlkampf bzw. auf den Plakaten dieses Bild nicht verwendet wurde. Ikonenhaft für das dänische Narrativ ist das Bild der Mutter Dänemark, die ihre geraubte Tochter (Schleswig) wieder in die Arme schließt.

Es muss angenommen werden, dass durch den Aufruf am Tag der Abstimmung nicht die stimmberechtigten Kieler*innen für die erste Zone angesprochen werden sollen, die sich an diesem

Tag wohl schon im Abstimmungsgebiet befunden haben. Hiermit wird der Kieler Bevölkerung das #blau-weiß-rote Gemeinschaftsgefühl vermittelt, dass an diesem "Schicksalstag" alle Schleswig-Holsteiner*innen als "Brüder und Schwestern" zusammenstehen müssen und auch im Umgang mit der Entscheidung zusammenstehen werden.

Auch der Bericht "Der Kampf um die Nordmark" in der *SHVZ* vom 09. Februar 1920 über die Abreise der Stimmberechtigten aus Berlin zeugt von der #blau-weiß-roten Schicksalsgemeinschaft:

"Von allen Seiten rückten Scharen, geschmückt mit den blau-weiß-roten Landesfarben, heran. [...] Der erste Zug war bald gefüllt. Er faßte wie der zweite 600 Personen und bestand lediglich aus Wagen dritter Klasse: Der Verein der Schleswig-Holsteiner in Berlin marschierte mit seinen schönen Fahnen auf, bald ertönten landsmannschaftliche Lieder, vorgetragen von der Sangesabteilung der Schleswiger: Der Vaterländische Frauenverein bewirtete inzwischen die Reisenden. Auf improvisierten Tribünen wurden kurze Reden gehalten. Das Hoch auf das ewig ungeteilte Schleswig-Holstein wurde immer wieder mit stürmischer Begeisterung aufgenommen. [...] Langsam kam der Zug in Bewegung, die Musik setzte gewaltig ein: »Schleswig-Holstein meerumschlungen«. Ein einziger Schrei aus tausend Kehlen: Gott mit Euch. alles Glück!"

Mit dem Verweis auf die Wagenklasse zeigt sich, dass in dieser Frage die Schleswig-Holsteiner*innen ohne Standes- oder Klassenunterschiede gemeinsam in den "Kampf ziehen", da nur "Wagen dritter Klasse" zur Verfügung stehen und auch hier wieder die #blau-weißrote Gemeinschaft betont wird. Dennoch werden wohlhabende Stimmberechtigten auch individuell ins Abstimmungsgebiet gereist sein.

Am 11. Februar 1920 berichtet die *KiZ* in der Abendausgabe über den Ausgang der Abstimmung in der ersten Zone unter dem Titel "Der deutsche Erfolg in der 1. Zone" und ordnet die Ergebnisse ein:

"Nun, mehr als 1/3 der Stimmberechtigten der 1. Zone trugen und tragen kein Verlangen danach, »heim« zu kommen in das Haus des dänischen Nachbarn, sie wissen, daß die Heimat ihrer Seele und ihres Gewissens im Süden liegt, daß sie Schleswig-Holsteiner sind seit den Tagen der Väter und daß deren bestes Erbe das stolze Bekenntnis zu deutscher Art und deutscher Gesittung ist. Ueberblickt man die Einzelergebnisse der Abstimmung, so zeigt sich daran handgreiflich der nationale Unfug der sog. Clausenschen Linie. Der Süden und Südwesten mit Tondern und Hoyer, wo selbst die fanatische und gewissenlose, zum Teil von deutschen Ueberläufern geleistete dänische Agitation wenig auszurichten vermocht hat, haben so deutlich ihren Willen bekundet, nicht nach Dänemark hinüber zu wollen, daß die Internationale Kommission, wenn sie nicht lediglich den

toten Buchstaben des Gesetzes erfüllen, sondern in Wahrheit dem dauernden Frieden und der nationalen Versöhnung dienen will, garnicht anders kann, als die zukünftige Grenzlinie weiter nach Norden zu verrücken."

Im Kontext der Ergebnisse betont die *KiZ* erneut wie #ungerecht der Modus der Abstimmung ist, da im südlichen Teil der ersten Zone in mehreren Gemeinden (u. a. in Tondern und Apenrade) deutsche Stimmmehrheiten die Ungerechtigkeit belegen. Gleichermaßen ziehen aber alle Tageszeitungen aus den Ergebnissen die Gewissheit, dass die zweite Zone eindeutig deutsch stimmen werde. So schreibt die *KiZ* in der Morgenausgabe des 12. März 1920, zwei Tage vor der Abstimmung in der zweiten Zone, im Artikel "Das Schicksal der zweiten Zone" mit kämpferischem Optimismus:

"So sehen wir dem 14. März mit unerschütterlicher Ruhe und festem Vertrauen entgegen. Mag man auf dänischer Seine der vergifteten Pfeile noch mehr im Köcher haben, [...] das Heiligtum deutscher und schleswig-holsteinischer Gesinnung wird sich niemand aus dem Herzen reißen lassen. Flensburg und mit ihm die ganze zweite Zone werden am Sonntag für das Land ihrer Gesinnung und ihres Herzens stimmen. [...] Kann keine Rede davon sein, daß wir jemals die willkürlich gezogene Grenzlinie des Magisters Clausen als Landesgrenze anerkennen, so ist natürlich über ein Abfinden mit dem Verluste von Flensburg und andern Teilen der zweiten Zone nicht zu sprechen."

Trotz des Optimismus in Bezug auf die zweite Zone betont die *KiZ*, dass die "willkürlich gezogene Grenzlinie" zwischen den beiden Zonen von ihrer Seite keine Anerkennung finden wird, da diese als #ungerecht betrachtet wird.

Die SHVZ nimmt die absehbare Entscheidung über den Grenzverlauf im Mai 1920 klaglos hin, verweist aber darauf, dass die guten Ergebnisse für Deutschland in den Abstimmungszonen als Leistung der Arbeiterschaft zu betrachten seien und nicht von den bürgerlichen Kreisen erzielt wurden. Somit nutzt die SHVZ zu diesem Zeitpunkt die Berichterstattung zur innenpolitischen Positionierung. Zunächst

berichtet auch die *KiZ* leidenschaftslos über die Entscheidung der Internationalen Kommission.
Am 25. Mai 1920 druckt die *KiZ* in der Morgenausgabe einen Namensbeitrag des Kieler Rechtsanwaltes Dr. Otto Kähler (1875–1955) ab, in dem dieser den Kampf gegen die Grenze ,einläutet":

"Die Würfel sind nun über Nordschleswig geworfen; die staatliche Zugehörigkeit ist entschieden und Schleswig ist zerrissen.
Auf wie lange? Wird über Apenrade, über Sonderburg und zumal über Tondern der Danebrog auf ein Menschenalter wehen? Länger? Kürzer? Wir wissen es nicht und können nur unsere felsenfeste Zuversicht bekennen: Nicht auf ewig!"



Abb. 5: Obwohl das Thema Volksabstimmung nur noch wenig Platz auf der Titelseite benötigt, bleibt es ein hochemotionales Thema. Die Wahl der Schlagzeile und die Wortwahl zeigen die Bedeutung des Themas. Titelseite der Morgenausgabe der *KiZ* vom 16. Mai 1920 (Quelle: SHLB).

Diese Haltung kann wohl als exemplarisch für die konservativen Kreise in Kiel und Schleswig-Holstein betrachtet werden, die in der Folge den Kampf gegen die "Gewaltgrenze" tragen.

Zusammenfassung

Die Untersuchung der Kieler Tageszeitzungen zeigt, dass es eine differenzierte Berichterstattung gibt, die verschiedene Aspekte der #Volksabstimmung in den Blick nimmt, und sich auch verschiedene Haltungen zeigen. Eindeutig ist, dass in der Kieler Bevölkerung ein Bewusstsein geherrscht hat, dass die #schleswig-holsteinische Frage nicht nur eine Angelegenheit der Stimmberechtigten ist, sondern alle Schleswig-Holsteiner*innen betrifft. Daher ist die Berichterstattung auch in hohen Maße durch Emotionalität geprägt, die vornehmlich aus einem Gefühl der Ohnmacht, das sich am deutlichsten in der Bezeichnung "Vergewaltigung" zeigt, erwuchs.

In der Bewertung des Ergebnisses der #Volksabstimmung zeigen sich jedoch Unterschiede. Während *KiZ* und *KNN* jede Grenze "innerhalb" Schleswig-Holsteins nach dem Motto #up ewig ungedeelt ablehnen, erkennen *Rep* und *SHVZ* die Mehrheitsverhältnisse an und beugen sich der Entscheidung zur Grenzziehung. Zudem zeigt sich auch kein eindeutiges Feindbild in der Presse. Die *KNN* wählt Dänemark als Feind und die *KiZ* tendiert auch in diese Richtung, während die *SHVZ* dem nördlichen Nachbarn mit Verständnis begegnet, dessen Positionen einordnet sowie erklärt. Einig sind sie sich in der Bewertung der Entente als Feind in dieser Frage.

Die Gefühlswelt der Kieler*innen lässt sich an dem Wandel der Sammelüberschriften in der KNN und SHVZ hinsichtlich der #Volksabstimmung nachvollziehen. Lautete diese zu Beginn des Untersuchungszeitraumes in der KNN "Die schleswig-holsteinische Frage", wurde ab Dezember 1919 in der SHVZ "Der Kampf um die Nordmark" geführt, ehe es am Ende des Untersuchungszeitraumes "Die zerrissene Nordmark" in der KNN hieß. Hiermit wurde der Wunsch nach einer "Reparatur" des Zustands ausgedrückt, der in den nachfolgenden zwei Jahrzehnten maßgeblich für das Verhältnis zu Dänemark sein sollte.

Auswahlbibliografie:

ADRIANSEN, INGE/DOEGE, IMMO: Deutsch oder dänisch? Agitation bei den Volksabstimmungen in Schleswig 1920. Sonderburg/Hadersleben 2010.

AHLERS, JENS: Die Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek – das Pressearchiv des Landes Schleswig-Holstein. In: Stiftung Kieler Presse-Klub (Hrsg.): In Druck und auf Sendung: Schleswig-Holsteins Medienlandschaft 1955-2000. Kiel 2018, S. 26–28.

AUGE, OLIVER: Kiel in der Geschichte. Facetten einer Stadtbiografie (Sonderveröffentlichung der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte Bd. 86). Hamburg 2017.

DERS.: Der deutsch-dänische Grenzraum. In: Europäische Geschichte Online (EGO), hrsg. v. Leibniz-Institut für Europäische Geschichte (IEG), Mainz 2020-03-09. URL: http://www.ieg-ego.eu/augeo-2020-de

косн, angela: Die Verletzung der Gemeinschaft. Zur Relation der Wort- und Ideengeschichte von »Vergewaltigung«. In: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften Vol. 15(2005), S. 37–56.

RACKWITZ, MARTIN: Kiel 1918 – Aufbruch zur Demokratie und Republik (Sonderveröffentlichung der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte Bd. 87). Kiel/Hamburg 2018.

1920/2020:

Kieler Bezüge zu Dänemark seit 1920

von Caroline E. Weber

Unter dem Titel "Kieler Perspektiven auf 1920/2020" wurde am 10. Februar 2020, dem Tag der Volksabstimmung in Zone Eins des Jahres 1920, eine gut besuchte Projektausstellung der Kieler Abteilung für Regionalgeschichte und des Königlich Dänischen Honorarkonsulats im Foyer der Förde Sparkasse eröffnet. Die Ausstellung war in den folgenden Wochen frei zugänglich und es wurden kleine Führungen



Abb. 1: Die Posterausstellung "Kieler Perspektiven auf 1920/2020" konnte am 10. Februar 2020 unter Anwesenheit der Kieler Bürgermeisterin Renate Treutel, des Vorsitzenden der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte Dr. Rolf Fischer und des Kgl. Dänischen Honorarkonsuls Götz Bormann (vorne v.l.n.r.) vor ca. 200 Gästen eingeweiht werden. Anwesend waren auch die Studierenden von Caroline E. Weber (hinten links) und Prof. Dr. Oliver Auge (hinten rechts). Foto: Tanja Grandau.

angeboten. Zu diesem Zeitpunkt wurde in den Medien bereits über ein neuartiges Virus berichtet, noch war es aber irgendwie weit weg und niemand dachte daran, dass es das gesellschaftliche Leben weltweit stilllegen sollte. Nur wenige Wochen später traf dann der "Lockdown" auch Schleswig-Holstein und der Alltag stand für die Meisten still. Anlässlich der Veranstaltung der Landeshauptstadt Kiel "Wie dänisch ist und war Kiel? 100 Jahre Volksabstimmung aus der Kieler Perspektive" sollen nun im November 2020 erneut Elf Kieler Perspektiven auf die historischen Entwicklungen der deutsch-dänischen Beziehungen seit 1920 geliefert werden.1

¹ Der Aufsatz liegt in gedruckter Form bereits in den Mitteilungen der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 97 (2019), S. 11–27 vor und wurde für die vorliegende Broschüre leicht überarbeitet und aktualisiert.

Was passierte im Jahr 1920 und Warum? Ein kurzer historischer Kontext

Angesichts der 100. Wiederkehr fanden bereits ab Herbst 2019 zahlreiche Veranstaltungen mit Bezug auf die historischen Volksabstimmungen von 1920 südlich wie nördlich der Grenze statt. Von dänischer Seite wird 1920/2020 als "Genforeningen"/"die Wiedervereinigung" bezeichnet, obwohl dabei die historischen Begeben- und Zugehörigkeiten des alten dänischen Lehenslandes, des Herzogtums Schleswig also, schlichtweg ignoriert werden. Im deutschen Sprachgebrauch kann für 1920/2020 das Wort "Wiedervereinigung" offensichtlich nicht genutzt werden, zudem ist eine Gebietsabtretung in Folge von Erstem Weltkrieg und Versailler Vertrag auch kein Grund für eine Jubiläumsfeier. Aus heutiger Perspektive wird daher in Schleswig-Holstein der 100. Geburtstag der nationalen Minderheiten dies- und jenseits der Grenze gefeiert und hier vor allem die kulturelle Bereicherung hervorgehoben, die die Grenzregion und somit auch das Land Schleswig-Holstein durch Zusammenleben von Minder- und Mehrheiten erfährt. Auf nationaler Ebene ist 2020 das erste Deutsch-Dänische Freundschaftsjahr, und auch hier liegt der Fokus eher auf den heute intensiven politischen, kulturellen und nicht zuletzt wirtschaftlichen Beziehungen, und wird weniger das im Verlauf der letzten 100 Jahre durchaus auch konfliktreiche Miteinander in den Blick genommen, das vor allem im unmittelbaren Grenzland nach zwei Weltkriegen und Nationalsozialismus vielfach von Misstrauen und Missverständnissen geprägt war und sich erst langsam auf lokaler wie regionaler Ebene annäherte.

Da der Fokus der 1920/2020-Aktivitäten klar auf der Grenzregion lag, stellte sich an der Abteilung für Regionalgeschichte der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) und im Königlich Dänischen Honorarkonsulat bereits im Sommer 2018 die Frage, welche weiterreichenden Auswirkungen die Grenzabstimmungen für das Land Schleswig-Holstein und ganz konkret für die heutige Landeshauptstadt Kiel hatten. Wie überhaupt ganz Schleswig-Holstein, das ja seit einigen Jahren mit dem teilweise umstrittenen Slogan "Der echte

Norden" wirbt, wird auch die Fördestadt Kiel vielfach als "Tor zum Norden" bezeichnet, und in der Stadt selbst finden sich viele Anknüpfungspunkte nach Skandinavien und besonders nach Dänemark. Diese Verbindungen haben oftmals gar nichts mit dem Abstimmungsjahr 1920 zu tun, sondern liegen vielmehr in der jahrhundertelangen Verbindung Schleswigs und Holsteins mit dem dänischen Gesamtstaat begründet.

Wer in der Geschichte der Stadt Kiel forscht, der stößt unweigerlich und zu allen Zeiten auf Verbindungen zum nördlichen Nachbarland. Bis zum Ausscheiden der Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg aus dem dänischen Gesamtstaat war es vor allem Kiel mit seiner Universität, die den gelehrten und kulturellen Austausch nach Norden prägte. Nach 1864 nahmen die Verbindungen von Kiel nach Norden merklich ab, und innerhalb der folgenden preußischen Zeit mussten sich die Verwaltungshauptstadt Schleswig und die kulturelle Provinzhauptstadt Kiel mit Marine, Universität und später der Kieler Woche mit dem politischen Wechsel arrangieren.

Kiel rückt besonders in den Fokus des Interesses, weil hier unterschiedliche politische und gesellschaftliche Gruppierungen vertreten waren, die Stadt als kulturelles und wissenschaftliches Zentrum Schleswig-Holsteins fungierte und dort letztlich politische Entscheidungen getroffen wurden. Anhand von elf Fallbeispielen werden schlaglichtartig Auswirkungen der Grenzverschiebung in und auf die Landeshauptstadt Kiel beleuchtet, die sich in Kiel im Zuge der Abstimmungen, in der unmittelbaren Zeit nach der Grenzverschiebung und auch langfristig bis heute zeigten.

Auch wenn im Jahr 2020 hauptsächlich die Grenzziehung von 1920 und das heutige friedliche Miteinander von Minder- und Mehrheiten im Vordergrund stehen (sollten), muss das historische Ereignis der Grenzabstimmungen im zeitgenössischen Kontext verstanden werden. Nicht nur die Abstimmungen in Zone Eins und Zwei, wie sie unter Verweis auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker in den Artikeln 109–114 des Versailler Friedensvertrags festgesetzt worden

waren, verdienen Aufmerksamkeit, sondern vor allem die Bedingungen, unter denen am 10. Februar und am 14. März 1920 abgestimmt wurde. So hieß es direkt im ersten Satz zu den Modalitäten: "Stimmberechtigt ist jede Person, ohne Unterschied des Geschlechts, die den nachstehenden Bedingungen genügt [...]" (Art. 109/2). Für uns heute selbstverständlich, zeigt sich an dieser Stelle ein gewandeltes Partizipationsrecht der Frauen, die nach und nach in Europa das Wahlrecht erhielten.

Abgestimmt wurde in zwei Zonen, wobei in der nördlichen ersten Zone (bis zur heutigen deutsch-dänischen Grenze) en bloc und in der südlichen zweiten Zone gemeindeweise und überwiegend prodeutsch abgestimmt wurde. Es entschieden sich schließlich etwa 75% der rund 100.000 Wahlberechtigten in der ersten Zone für die Eingliederung in das Königreich Dänemark, wodurch Nordschleswig an Dänemark fiel. In der zweiten Zone, zu der auch Flensburg gehörte, stimmten ca. 80% pro deutsch und knapp 20% pro dänisch, weshalb, trotz einiger weniger Gemeinden mit pro dänischer Mehrheit, die gesamte Zone bei Deutschland verbliebt.

#1: Der Wahlkampf um Nordschleswig als Kieler Medienereignis²

Im Vorfeld der Abstimmung wurde in Schleswig ein medialer Abstimmungskampf für die deutsche und dänische Seite betrieben. Wo bei den pro dänischen Plakaten typische Symbole, vor allem aus der skandinavischen Mythologie, und ansonsten eine eindeutige Farbsprache dominierten, argumentierten die prodeutschen Plakate mit deutscher Kultur und deutschem Nationalbewusstsein und angesichts der drohenden Teilung Schleswigs mit der gemeinsamen und "ungedeelten" Geschichte Schleswig-Holsteins. Die regionale Presse positionierte sich recht eindeutig für eine prodänische oder prodeutsche Stimmabgabe, aber als Folge des Versailler Friedensvertrages

² Da im vorhergehenden Beitrag diese Perspektive schon ausführlich inhaltlich dargelegt wurde, wird an dieser Stelle nur auf Verknüpfungspunkte hingewiesen.

KIEL UND DÄNEMARK

war die Schleswiger Grenzfrage natürlich auch von überregionalem Interesse – nicht nur im Jahr 1920.

Auch in den frühen 1930er Jahren der Weimarer Republik finden sich immer wieder Zeitungsartikel, die die Revision der Grenze von 1920 fordern. Von einem in Schleswig-Holstein geklärten Verhältnis zur Grenzfrage kann daher kaum gesprochen werden, wenn es etwa in der "Nordschleswig-Beilage" der Kieler Zeitung vom 13. Januar 1932 auf Blatt 3 in der ersten Überschrift heißt: "Unser Kampf gilt der blutenden Grenze" und ein zweiter Artikel mit der Kopfzeile beginnt: ".... hier fängt die Lüge an'. Die Unsinnigkeit der Grenze im Norden – Unsere Forderung: Nordschleswig zurück." Dabei blieb es stets bei einem Kulturkampf, die Grenze wurde auch während des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges nicht angetastet.

#2: Kielerinnen und Kieler stimmen ab

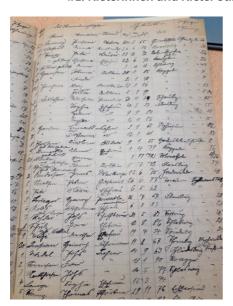


Abb. 2: Auszug einer Liste von Abstimmungsberechtigten aus Dietrichsdorf (StA Kiel/Foto: C. Weber)

Die Kielerinnen und Kieler lasen jedoch nicht nur in der Presse über die Volksabstimmungen, sondern stimmten zum Teil auch selbst ab, was in den Abstimmungsmodalitäten begründet lag: Abstimmungsberechtigt waren alle Personen, die am 1. Januar 1920 das 20. Lebensjahr vollendet hatten und im Abstimmungsgebiet geboren worden waren, seit 1900 dort wohnten oder von den deutschen Behörden ausgewiesen worden waren. Da die Abstimmungsberechtigten in ihrer Heimatgemeinde abstimmen mussten, wurde nichts unversucht gelassen, sie zu den jeweiligen Terminen am 10. Februar und 14. März auch dort hinzubringen.

Diese Auswirkungen waren auch im Großraum Kiel zu spüren. In der damals noch unabhängigen Gemeinde Dietrichsdorf wurde etwa eine Liste von Abstimmungsberechtigten erstellt, die dann einzeln kontaktiert wurden. Sie sollten ermutiat werden, sich als Stimmberechtigte zu registrieren und so die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Wer stimmberechtigt war konnte individuell in die Abstimmungszonen reisen, zudem standen Züge bereit, die von den größeren Bahnhöfen aus dem gesamten Reichsgebiet nach Norden fuhren.



Abb. 3: Auch die Kielerin Catherine Plambek ließ sich registrieren. Hier der Antrag auf Eintragung in die Liste der Stimmberechtigten für die Volksabstimmung in Schleswig. Da sie in Wimmersbüll geboren wurde, stimmte sie in Zone Zwei ab. Der Ort liegt heute unmittelbar südlich der Grenze und gehört zu Süderlügum. Foto: Kgl. Dänisches Honorarkonsulat Kiel.

Eine der Wahlberechtigten war die 1889 in Apenrade geborene Margaretha Specht (geb. Nielsen), die mit ihrer Familie seit 1914 in der Holtenauer Straße in Kiel wohnte. Für die Abstimmung stellte sie am 29. August 1919 den Antrag auf die "Eintragung in die Liste der Stimmberechtigten für die Volksabstimmung in Schleswig". Mit dem Legitimationsschein, der gleichzeitig als Pass galt, reiste sie am 6. Februar 1920 über Schleswig nach Apenrade (Zone Eins), um dort abzustimmen. Am 13. Februar 1920 kehrte Margaretha Specht nach Kiel zurück. Das Abstimmungsergebnis bedeutete für sie, dass ihre Familie nun in zwei verschiedenen Staaten zu Hause war: Während ihre Eltern nach der Abstimmung nach Flensburg zogen und wie sie selbst in Deutschland lebten, blieben ihre Schwestern Agnes und Anna in Apenrade wohnen, das nun zu Dänemark gehörte. Für welche Seite die Kielerin Margaretha Specht stimmte, ist nicht bekannt, um nach 1920 ihre Schwester zu besuchen, musste sie allerdings eine Staatsgrenze passieren.

#3: Wahlplakat im Geldbeutel - Notgeld in Suchsdorf



Abb. 4: 25-Pfennig-Notgeldschein der Gemeinde Suchsdorf aus dem Jahr 1921. Links ein Däne mit Dannebrog in der Hand, rechts der Deutsche Michel, der die dänische Flagge zerreißt, in der eigenen Hand die Deutsche Reichsflagge. Links und rechts des Dänen werden zudem die schleswig-holsteinische und die deutsche Flagge in zerrissener Form angedeutet. (Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek/kenom, Rasmussen 7166).

Neben der Presse fungierten auch Notgeldscheine als Werbemittel für die Volksabstimmung, die vor allem unmittelbar im Abstimmungsgebiet die Thematik aufgriffen. Notgeld ersetzte in Kriegs- und Nachkriegszeiten das Münzgeld, wurde aber aufgrund seiner teils aufwendigen symbolischen Gestaltung schnell zum Sammelobjekt. Nationale Symboliken und Grenzmotive wurden teils sehr detailliert ausgestaltet und mitunter mit provokanten Sprüchen versehen. Besonders diese Scheine waren bei Sammlern beliebt, weshalb bald auch Gemeinden außerhalb der Abstimmungszonen Grenzmotive auf ihre

Notgeldscheine druckten. Auf Kieler Notgeld wurden die Volksabstimmungen nicht thematisiert, aber die damals eigenständige Gemeinde Suchsdorf nahm das Thema auf. Eine Reihe von Notgeldscheinen aus dem Jahr 1921 bezieht sich auf die Volksabstimmungen in Nordschleswig und spiegelt durch Motive und Sprachwahl einen schleswig-holsteinischen Nationalismus wider. So ist auf der Rückseite eines 25 Pfennig-Geldscheins der Deutsche Michel mit Reichsflagge zu sehen, der den Dannebrog zerreißt. Die entsprechende Bildunterschrift lautet: "Wir wollen keine Dänen sein – wir wollen Deutsche bleiben." Die Volksabstimmung wird auf diesen Notgeldscheinen nicht explizit benannt, die klare Bildsprache verweist aber auf die angespannte Lage in der Grenzregion. Scheine dieser Art hatten keinen realen Geldwert mehr und waren ausschließlich als Sammlerobjekt im Umlauf. Auch wenn die Grenzfrage nach 1920 offiziell geklärt war, beschäftigte sie die Zeitgenossen, die in weiten Teilen mit dem Abstimmungsergebnis unzufrieden waren.

#4: Neue Grenze – neue Aufgaben: Die Kieler Universität im Grenzkampf

Während des Abstimmungskampfes, der sich zu einem deutschdänischen Identitätskonflikt entwickelte, wurde in der schleswigholsteinischen Bevölkerung vermehrt der Wunsch nach einer landesgeschichtlichen Professur an der CAU laut, um eine identitätsstiftende und unterstützende Institution im Land zu etablieren. Wie schon nach dem deutsch-dänischen Krieg 1864 griff die preußische Regierung auch nach 1920 direkt in die universitäre Selbstbestimmung ein und gründete 1924 einen eigenen Geschichtslehrstuhl, der mit dem Tübinger Theologen Otto Scheel (1876–1954) besetzt wurde und daher auch unter der Bezeichnung "Schleswig-Holsteinische Geschichte, Nordische- und Reformationsgeschichte" lief. Scheel stammte ursprünglich aus Nordschleswig und hatte sich im Abstimmungskampf als Redner aktiv beteiligt. Die Regierung versprach sich von der Errichtung des genau auf ihn zugeschnittenen Lehrstuhls ein konsequentes Hinarbeiten auf eine baldige Grenzrevision. Scheel nahm diese politische Aufgabe bereitwillig an, wobei er aber stets auch die tiefe Verbundenheit zu den vermeintlich germanisch verbrüderten skandinavischen Völkern betonte. Dennoch stellte er sich und den Lehrstuhl zur Stärkung der nationalen Kultur in den Dienst des kulturpolitischen Grenzkampfes, um dem Einfluss Dänemarks auf Schleswig-Holstein entgegenzuwirken. Das durchaus ambivalente Verhältnis der Kieler Universität zum dänischen Nachbarn zeigte sich an der Gleichzeitigkeit der Ziele von Scheels Professur und seiner Zusammenarbeit mit der 1918 gegründeten Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft (SHUG) beim Nordisch-Deutschen Universitätstag im Jahr 1929, der auf symbolischer Ebene die enge Verbindung zwischen der nördlichen Provinz und Dänemark hervorheben sollte, wobei bewusst auf die Politisierung der Grenzsituation verzichtet wurde.

Neben der Professorenschaft organisierten sich in Kiel studentische Vereinigungen, die den kulturellen Grenzkampf betrieben und sich vor allem mit dem Auslandsdeutschtum in Nordschleswig befassten. 1928 wurde durch das Reichsministerium des Innern, das Preußische Kultusministerium und die SHUG die Stiftung Deutsch-Nordische Burse als "Arbeits- und Bildungsstätte im Dienste des deutschen Volksgedankens" gegründet und 1929 ein Wohnheim für 24 männliche Studenten, bevorzugt aus Nordschleswig, eröffnet.

1933 wurde die Burse "gleichgeschaltet" und allen Bewohnern zum Sommersemester gekündigt – wer die nationale Gesinnung nachweisen konnte, durfte aber bleiben. Die Bildungsarbeit zum Grenzland nahm im Nationalsozialismus jedoch stark ab, vielmehr standen allgemeine politisch-ideologische Vorträge und Wehrertüchtigungsübungen im Vordergrund. Mit Kriegsbeginn 1939 wurde das Wohnheim der Wehrmacht übergeben und 1945 bei einem Bombenangriff vollständig zerstört.

#5: Die Grenze im Nationalsozialismus – Karl Alnor und die Pädagogische Hochschule

Ähnlich wie Otto Scheel engagierte sich auch der spätere Geschichtsprofessor und gebürtige Kieler Karl Alnor (1891–1940) im Vorfeld der Abstimmung für die deutsche Seite. Nach seinem Studium der Fächer Geschichte, Germanistik und Philosophie avancierte er mehr und mehr zu einem Experten in der deutsch-dänischen Grenzthematik, der er sowohl in der Wissenschaft als auch in der Politik große Aufmerksamkeit schenkte. Mit zeitgenössischen Standardwerken wie dem mehrbändigen "Handbuch zur schleswigschen Frage" versuchte er, eine wissenschaftliche Grundlage für Revisionsforderungen in Schleswig zu schaffen. Damit ging eine massive Ablehnung des Versailler Friedensvertrages von 1919 einher – eine Auffassung des Kielers, die sich in der NS-Propaganda spiegelte. Als Professor für Deutsche Geschichte. Methodik des Geschichtsunterrichts und Grenzlandkunde an der Pädagogischen Hochschule in Kiel griff Alnor in seinen Veranstaltungen Themen wie "Das Grenzdeutschtum im Zeichen von Versailles" oder "Einführung in die Familien- und Rassenkunde" auf und verschaffte damit wesentlichen Eckpfeilern der NS-Ideologie

eine vermeintlich wissenschaftlich fundierte Legitimation. Außerdem leistete er durch seine Mitarbeit an der Buchreihe "Die nationalsozialistische Erziehungsidee im Schulunterricht" einen Beitrag zur völkisch-rassischen Gesinnungsbildung in der Kieler Lehrerbildung.

#6: Deutsch-dänische Beziehungen nach 1945 – Das "Neudänentum"

Der verlorene Zweite Weltkrieg markierte eine weitere Zäsur im deutsch-dänischen Grenzgebiet: Nach Kriegsende stieg die Zahl derjenigen Schleswig-Holsteiner/innen, die sich zur dänischen Minderheit bekannten, rasant an. Dass dabei weniger die dänische Gesinnung als vielmehr häufig wirtschaftliche Gründe eine Rolle spielten, wurde sowohl von der deutschen Mehrheitsbevölkerung als auch innerhalb der dänischen Minderheit kritisiert. Im Zuge der Neuordnungen in Europa keimte in Dänemark eine neue eiderdänische Strömung auf und forderte die Verlegung der dänischen Grenze bis an die Eider sowie die Entfernung der aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten Geflüchteten aus Südschleswig.

Die politischen Vertreter von CDU und SPD traten dem "Neudänentum" in ganz Schleswig-Holstein mit aller Macht entgegen: Der Kieler Oberbürgermeister Andreas Gayk (SPD) (1893-1954) übte in einem Artikel der Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung vom 28. Juli 1949 scharfe Kritik an der "neudänischen Bewegung" und konkret denjenigen, "die aus dem elenden, hungernden Deutschland flüchten". Für ihn waren diese Menschen "Ratten, die ein vermeintlich sinkendes Schiff verlassen wollten" und er bezeichnete die aus Deutschland fliehenden "schlechteren Elemente eines Volkes" als "Verräter". Einen Monat später, am 23. August 1949, äußerte sich Gayk im Vorfeld der ersten Bundestagswahl schon weniger scharf in der Presse und führte vielmehr Wahlkampf gegen die CDU. Er versuchte nun, in der SPD-nahen Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung die Parteibasis für eine Einigung in der Minderheitenfrage zu überzeugen und gleichzeitig ehemalige "Neudänen" für die SPD zu gewinnen. So hielt er eine Verständigung mit der dänischen Regierung jetzt durchaus für

möglich und betonte, das Recht der "echten Dänen in Südschleswig", "ihrem Volkstum gemäß zu leben" sei unbestritten und dürfe daher unter keinen Umständen angetastet werden. Auch die zuvor noch stark verurteilten "Neudänen" wolle man "als verirrte und verführte Deutsche mit offenen Armen" wiederaufnehmen.

Hier zeigen sich zum einen die nach dem Zweiten Weltkrieg und seinen langfristigen Folgen wieder relevant gewordenen Probleme im Verhältnis von Minderheiten und Mehrheiten, zum anderen aber auch ein Umdenken innerhalb der Kommunal- und Landespolitik, die nun auch mit Dänemark gemeinsam nach einer Lösung der Konfliktthemen suchte.

#7: Die "Kieler Erklärung" und die "Bonn-Kopenhagener Erklärungen"

Da die Grenzfrage wieder öffentlich diskutiert wurde, musste die erste Landesregierung Schleswig-Holsteins das "Neudänentum" ernst nehmen und sich der Minderheitenfrage stellen. Unter Ministerpräsident Hermann Lüdemann (SPD) (1880-1959) begannen die Debatten um eine Erklärung bezüglich der Rechte der nationalen Minderheiten in Schleswig-Holstein. Lüdemann gab sein Amt im August 1949 an seinen Stellvertreter Bruno Diekmann (SPD) (1897–1982) ab. In Diekmanns Amtszeit wurde dann am 26. September 1949 die sogenannte "Kieler Erklärung" vom Landtag gebilligt. Diese nach intensiven Debatten verabschiedete Erklärung enthielt eigentlich Selbstverständliches, nämlich die Zusicherung aller demokratischen Rechte an die nationalen Minderheiten der Dänen und Friesen sowie des freien Bekenntnisses zur jeweiligen Minderheit. Die "Kieler Erklärung" war ein wichtiger erster Schritt auf Landesebene, ohne dass sie die rechtliche Stellung der Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze einvernehmlich klärte. Die Landesregierung machte aber deutlich, dass sie die Grenze zwischen Dänemark und Deutschland als festgelegt ansah. Weiterhin wurde über eine Präambel formuliert, dass eine ebenbürtige dänische Erklärung für die deutsche

Minderheit erwartet werde. Das 1949 abgegebene "Kopenhagener Protokoll" beinhaltete allerdings keine gleichwertigen Zugeständnisse, da in Dänemark aufgrund der Verstrickung von Angehörigen der Minderheit in das NS-Regime und die Unterstützung der deutschen Besatzungsmacht noch Ressentiments fortbestanden.

Erst mit den Verhandlungen um die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO kam es zu gegenseitigen Annäherungen auf staatspolitischer Ebene zwischen der Bundesrepublik und Dänemark. Am 29. März 1955 wurden schließlich die "Bonn-Kopenhagener Erklärungen" durch den deutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer (1876–1967) und den dänischen Ministerpräsidenten H. C. Hansen (1906–1960) unterschrieben. Entscheidendes Ergebnis der Erklärungen war die Anerkennung der Gesinnungsfreiheit, indem die Zugehörigkeit zur deutschen oder dänischen Bevölkerungsgruppe als reine Gewissensentscheidung angesehen wurde und öffentliche Organe diese nicht anzweifeln durften. Sowohl in Deutschland als auch in Dänemark gilt seit 1955 die Regelung "Minderheit ist, wer will", der in der Folgezeit häufig ein "Modellcharakter" in Bezug auf das einvernehmliche Zusammenleben mit den Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzgebiet zugeschrieben wurde.

#8: Wissenschaft und Kultur: Stadt und Universität mit Blick nach Norden

Was mit den genannten Erklärungen zwischenstaatlich auf den Weg gebracht wurde, um ein friedliches Verhältnis zwischen Deutschland und Dänemark zu fördern, sollte auch im kulturellen Bereich vorangetrieben werden. Kiel setzte hierbei vor allem durch die Kieler Woche weithin sichtbare Signale, was sich etwa am ersten Kieler Woche Plakat der Nachkriegszeit zeigt: Die Flaggen der drei skandinavischen Staaten Dänemark, Norwegen und Schweden verweisen auf die internationale Ausrichtung des Segel- und Kulturereignisses und machen den Fokus nach Norden deutlich. Auffällig ist zudem, dass die deutsche Nationalflagge nicht zu sehen ist, sondern die schleswig-holsteinische Landesfahne gewählt wurde. Sie betont den

regionalen Schwerpunkt und kann vielleicht als Signal einer friedlichen Veranstaltung interpretiert werden, in der die nach den Weltkriegen als Bedrohung aufgefasste deutsche Trikolore keinen allzu prominenten Rahmen bekam.

Auch an der CAU bemühte man sich aktiv um eine Wiederaufnahme des akademischen Austausches, was vielfach nur durch intensives individuelles Engagement erreicht wurde. An der Philosophischen und Medizinischen Fakultät konnten bereits wenige Jahre nach Kriegsende Austauschfahrten mit Studierenden nach Dänemark, genau wie Professorenaustausche ins schwedische Lund stattfinden. Vor allem die Studierenden waren sehr an Kontakten zu den nördlichen Nachbarländern interessiert und luden für Ruderwettkämpfe skandinavische Mannschaften nach Kiel ein, wie sie mit der studentischen Theaterbühne nach Dänemark, Schweden und später auch Norwegen reisten. Zunächst mit Blick auf die Angehörigen der deutschen Minderheit, später auf alle Skandinavier, die zum Studium nach Kiel kamen, planten Universität und Stadt zudem gemeinsam den Neubau der Deutsch-Nordischen Burse, die sich in ihrer Neuausrichtung nicht mehr wie vor dem Weltkrieg ausschließlich an die "Auslandsdeutschen" richten, sondern künftig der "Freundschaft der Menschen im Nordischen Raum" dienen sollte, wie es Kultusminister Claus Joachim von Heydebreck bei der schließlich 1967 erfolgten Grundsteinlegung formulierte.

#9: Der Südschleswigsche Wählerverband – eine Partei nicht nur im Norden des Landes

Die Notwendigkeit der benannten Erklärungen über die Rechte der Minderheiten zeigt sich in der Gründung des Südschleswigschen Wählerverbands (SSW) im Sommer 1948 als politische Vertretung der dänischen und nationalfriesischen Minderheit. Der Wählerverband war zunächst nur im Landesteil Schleswig wählbar, wozu auch die nördlichen Kieler Stadtteile Pries-Friedrichsort und Holtenau (später auch Schilksee) gehörten. Eine der frühen politischen

Forderungen der vor allem in den ersten Nachkriegsjahren stark aufgeblähten Minderheit war die Wiedervereinigung mit Dänemark, was einer Grenzverschiebung nach Süden entsprach, wobei die Forderung nie zum offiziellen Parteiprogramm gehörte und seit Mitte der 1950er Jahre auch nicht mehr Konsens war.

Nachdem der SSW die 5%-Klausel in den ersten Jahren nicht überschreiten konnte, besserte sich die Situation mit den "Bonn-Kopenhagener Erklärungen", durch die die Partei von der 5%-Klausel befreit wurde. Der SSW ist dadurch seit 1958 ununterbrochen im Schleswig-Holsteinischen Landtag vertreten. Unter Berthold Bahnsen (1913–1971), dem Vertreter des SSW im Landtag seit 1962, wurde verstärkt für die wirtschaftliche Förderung Schleswigs geworben, um so ansässige dänische und friesische Kulturinstitutionen errichten und

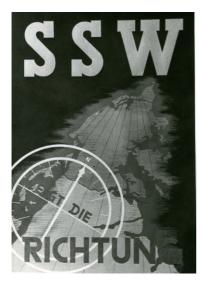




Abb. 5 und 6: Ein frühes Wahlplakat des SSW (ca. 1947/48) zeigt die klare Fokussierung auf Dänemark. Das linke Plakat scheint ein erster Entwurf zu sein, der nicht realisiert wurde. Auch eine entschärfte Version (rechts) wurde durch die britische Besatzungsmacht nicht zum Druck freigegeben, da die Forderung nach einer Grenzverschiebung noch immer zu offensichtlich war. Eine auf die Gleichberechtigung der Minderheit ausgerichtete Kultur- und Sozialpolitik, bzw. eine Regionalpolitik auf Landesebene ist noch nicht zu erkennen. Foto: Archiv der Dänischen Zentralbibliothek für Südschleswig in Flensburg.

unterstützen zu können. Von 1971 bis 1996 vertrat Karl Otto Meyer (1928–2016) den SSW im Landtag und repräsentierte die Minderheit darüber hinaus auch als Chefredakteur der Flensborg Avis, wodurch er zum Sprachrohr der Minderheit und der Partei avancierte. Diese Position beanspruchte er kompromisslos und wurde dafür auch innerhalb der Minderheit kritisiert. Unter seinem Vorsitz rückte der SSW jedoch in den Fokus einer breiteren politischen Aufmerksamkeit. Meyer erreichte 1985 die finanzielle Gleichstellung der dänischen Schulen in Südschleswig und setzte sich für die Verankerung der Minderheitenrechte in der 1990 neu verabschiedeten Verfassung Schleswig-Holsteins ein.

Ab 1996 wurde der SSW mit Anke Spoorendonk (*1947) (MdL bis 2012, Ministerin und MdBR 2012–2017) nicht nur erstmals durch eine Frau repräsentiert, sondern es konnte ein weiterer Abgeordneter in den Landtag einziehen. Durch das neue Zweistimmen-Wahlrecht erzielte der SSW seit dem Jahr 2000 neue Erfolge, nicht zuletzt, weil er seitdem im ganzen Land wählbar ist. Erstmals seit 1950 erreichte die Partei 2009 Fraktionsstärke und war mit vier Abgeordneten im Landesparlament vertreten. Auch wenn die rechtliche Sonderstellung der Partei – zumal, wenn sie Teil der Regierung ist – immer wieder auch kritisch diskutiert wird, beziehen ihre Abgeordneten heute klar Stellung für die bestehende Grenze und ein lebendiges kulturelles Miteinander, nicht nur in der Grenzregion.

#10: Das dänische Honorarkonsulat in Kiel

Das unmittelbar am Kleinen Kiel gelegene Gebäude am Lorentzendamm, in dem das Königlich Dänische Honorarkonsulat untergebracht ist, kennt ein Großteil der Bevölkerung vor allem als Sitz der Förde Sparkasse. Die Geschichte des heutigen Konsulats ist dabei eng mit der Grenzverschiebung von 1920 verbunden, denn in Schleswig-Holstein stieg in der Folge der Bedarf einer dänischen Vertretung im Land und die Pläne eines Kieler Konsulats lassen sich auf das Jahr 1921 zurückverfolgen.

Zwei Jahre nach der Grenzziehung wurde eine Außenstelle des dänischen Generalkonsulats im Hansa-Hotel am Sophienblatt eingerichtet, wo es nun zweimal im Monat möglich war, zwischen 19 und 21 Uhr Konsulatsgeschäfte beim Generalkonsul Marinus L. Yde zu erledigen. Schon nach kurzer Zeit mussten die Sprechzeiten aufgrund der großen Nachfrage erweitert werden, sodass ab 1923 Räume der Immobilienfirma John Spiering in der Holstenstraße 33 angemietet wurden. Thomas Holtz, Prokurist von John Spiering, wurde Büroleiter. Wenige Jahre später wertete das Generalkonsulat Hamburg die Kieler Außenstelle auf: Am 30. Oktober 1925 wurde diese zum Vizekonsulat und Ernst Otto Bruhn zum Vizekonsul ernannt. Das Vizekonsulat in Kiel war nun eine eigenständige Einrichtung unter der Leitung des Generalkonsulats Hamburg.

Auch während des Zweiten Weltkriegs und in den Jahren danach zeigte sich die Relevanz des dänischen Konsulats in Kiel, denn die hier beschäftigten dänischen Arbeiter nahmen die Konsulatsvertretung dankend an und ließen sich im Konsulat z.B. ihren Lohn auszahlen. Außerdem war das Konsulat – bis zum Eintritt Dänemarks in die Europäische Union 1973 – für Schifffahrtsangelegenheiten zuständig und regelte die Formalia der Grenzüberfahrten der vielen Handelsschiffe, die zwischen Kiel und Dänemark verkehrten. Während der Amtszeit von Christian Peter Nissen (1945-1965) gab es so viel Briefverkehr, dass dieser kaum noch vom Vizekonsul und einem weiteren Mitarbeiter bewältigt werden konnte. Dies begünstigte die Entscheidung, das Vizekonsulat in ein unabhängiges Honorarkonsulat umzuwandeln. Bisher war der Vizekonsul ein Beamter Dänemarks, der Generalkonsul in Hamburg war diesem vorgesetzt. Ein Honorarkonsul als unabhängiger Amtsinhaber konnte hingegen deutscher Staatsbürger sein, der ehrenhalber auf besonderer Vertrauensbasis der beteiligten Staaten den Titel "Honorarkonsul" trug. Nissen war somit als Honorarkonsul allein für die personelle und finanzielle Ausstattung des Konsulats verantwortlich und konnte deutlich schneller z.B. Personal aufstocken, sofern dieses benötigt wurde, um den reibungslosen Ablauf des Konsulats zu gewährleisten. Auch das betreute Gebiet des hiesigen Konsulats wurde stetig erweitert und umfasst heute

die Stadt Kiel, die Kreise Plön und Neumünster sowie das südliche Rendsburg-Eckernförde. Weitere Honorarkonsuln in Kiel waren der Apotheker Dr. Hans Carl Rüdel (1965–1976), der Begründer und erster Vorsitzender des Fördervereins der Kieler Wirtschaftsakademie Hans Detlev Prien (1976–1977), der Bankier Wulf Rauno (1978–1995) und der Vorstandsvorsitzenden der Provinzial-Versicherung Klaus R. Uschkoreit (1995–2003). Seit dem Jahr 2003 übt der Vorstandsvorsitzende der Förde Sparkasse Götz Bormann das Ehrenamt des Honorarkonsuls aus.

Bis heute steht die Pflege der deutsch-dänischen Beziehungen, vor allem im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich, im Zentrum. Das Honorarkonsulat fungiert als Ansprechpartner sowohl für Dänen als auch für Deutsche. Als "Bürgerbüro" ist es dabei für Anfragen aller Art zuständig, z. B. zur dänischen Hundegesetzgebung. Klassische Konsulatsaufgaben wie etwa das Ausstellen von Notpässen gehören nach wie vor zum Tätigkeitsspektrum des Konsulats, stehen jedoch nicht mehr im Vordergrund der Arbeit. Als im Frühjahr 2020 die Grenzen geschlossen wurden, häuften sich auch im Kieler Konsulat die Anfragen nach Reisemöglichkeiten und der Grenzsituation.

#11: Die Deutsch-Dänische Gesellschaft e.V.

50 Jahre nach der Grenzziehung wurde am 14. Oktober 1970 unter reger Anteilnahme von Wissenschaft, Politik, Kultur und Wirtschaft im Kieler Schloss die bundesweit erste Deutsch-Dänische Gesellschaft e. V. (DDG) gegründet. Ziel des Vereins ist bis heute die Förderung und Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen zwischen Deutschen und Dänen und die Vermittlung von Kenntnissen, die die geistigen, kulturellen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands und Dänemarks betreffen. Das deutschdänische Verhältnis hatte sich nach dem Zweiten Weltkrieg im Laufe der 1950er und 60er Jahre normalisiert, dennoch gab es im privaten Bereich mehr Interesse als Kenntnis, sodass der Verein auf ein großes gesellschaftliches Echo traf. Initiator und erster Vorsitzender der

DDG war der Leiter des NDR-Funkhauses in Kiel, Thomas Viktor Adolph (1914–1997), der sehr gut in der norddeutschen und dänischen Medienlandschaft vernetzt war und dank dessen Arbeit intensiv über die Intentionen und das Programm der DDG in der regionalen wie überregionalen Presse und im Rundfunk berichtet wurde. Nur sieben Jahre nach Gründung hatte die DDG ca. 500 Mitglieder und Sektionen in Hamburg, Bremen, Husum, Rendsburg und Neustadt/Holstein, in den 1980er Jahren kamen Sektionen in Plön, Lübeck und Ostholstein dazu. Ein bis heute sichtbares erstes Projekt der DDG war die Sanierung des Doppelgrabes Baggesen/Reinhold auf dem Parkfriedhof Eichhof anlässlich des 150. Sterbejahres des bekannten dänischen Schriftstellers Jens Immanuel Baggesen (1764–1826) im Jahr 1976.

Den ersten Wechsel des Vorsitzes gab es erst nach 20 Jahren: Von 1990 bis 2001 war der vormalige Sonderbeauftragte für Minderheiten, Grenzland und Skandinavienfragen des Landes Schleswig-Holstein (1972–1988) Thies Uwe von Leesen (1934–2016) Vorsitzender der DDG und in dieser Zeit wuchs die Mitgliederzahl auf phasenweise 900 Personen an. Nach von Leesen wurde seine langjährige Stellvertreterin, die in Kiel lebende dänische Pastorin Annie Lander Laszig (*1946), im Jahr 2001 zur Vorsitzenden der DDG gewählt. In ihrer Zeit initiierte der Verein etwa das Grönland-Filmfestival und holte 2003 die "Zeichnungen der Bibel" der dänischen Königin Margarethe II. erstmals nach Deutschland. Auch das Familiengrab Lass auf dem Kieler Südfriedhof, der "Marmorjüngling" des dänischen Bildhauers Edvard Eriksen ("Die kleine Meerjungfrau"/Kopenhagen), wurde durch die DDG umfangreich saniert und die zuvor vergessene Geschichte der Verbindung Eriksens mit Kiel für die Öffentlichkeit sichtbar gemacht.

Trotz der sehr erfolgreichen Projektarbeit für die regionale und überregionale deutsch-dänische Kultur wurden im Laufe der 2000er Jahre die meisten Sektionen des Vereins aufgrund von Überalterung der Vorstände aufgelöst. Nachdem zuletzt die Sektionen in Rendsburg und Bremen aufgelöst wurden, befindet sich der alleinige Sitz in Kiel mit nur noch einer weiteren Sektion in Lüneburg. Der Verein hat



Abb. 7: Die DDG bietet seit 50 Jahren ein umfangreiches Kulturprogramm in Kiel, aber auch in Deutschland und Dänemark an. Das 50. Vereinsjubiläum wird aufgrund der Covid-19-Pandemie im Jahr 2021 gefeiert. Fotocollage der DDG, angefertigt von Caroline E. Weber.

2020, im 50. Jahr seines Bestehens, ca. 350 Mitglieder, und pflegt nach wie vor den deutsch-dänischen Kontakt durch Exkursionen. Kunstausstellungen, Musikveranstaltungen und ein umfangreiches Vortragsprogramm. Der Vorstand ist seit Vereinsgründung mit Deutschen und Dänen gemeinsam besetzt. Seit April 2017 ist Caroline Elisabeth Weber (*1987) Vorsitzende der DDG, Annie Lander Laszig ist Ehrenvorsitzende.

Elf Kieler Blickwinkel – Elf mögliche Zugänge zu 1920

Die Ereignisse von 1920 waren in ganz Schleswig-Holstein präsent. Während die Wahlkampagnen und die Berichterstattung in der Kieler Presse überregionale Wirkungsabsichten verfolgten, richtete sich das Suchsdorfer Notgeld explizit an die eigene Gemeinde und zeigte die bekannten Ereignisse noch ein Jahr später. Kielerinnen und Kieler waren selbst in den "Grenzkampf" involviert, sei es als Redakteure der Kieler Presse oder als Abstimmungsberechtigte. Die sogenannte "Nordschleswig-Frage" verlor auch nach der Grenzverschiebung nicht an Relevanz, wie die Beispiele des landesgeschichtlichen Lehrstuhls, die Gründung der Deutsch-Nordischen Burse oder die Arbeit Karl Alnors an der Pädagogischen Hochschule zeigten.

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges zeigten sich die Auswirkungen von 1920 in neuen Bereichen: So wurden erstmals im Einvernehmen Dänemarks und Deutschlands die Minderheitenrechte auf beiden Seiten der Grenze festgelegt und die Gültigkeit der Grenze nicht mehr angezweifelt. Dies zeigte sich auf unterschiedliche Weise in Politik, Kultur und Gesellschaft und zwar nicht nur in der Grenzregion, sondern auch an der Kieler Förde. Anhand der hier nur angerissenen Kieler Blickwinkel sollten Zugänge zu "1920" aufgezeigt werden, die in ihrer Verknüpfung die nun 100jährige deutsch-dänische Grenzgeschichte, die ja immer auch eine schleswig-holsteinische Geschichte war, unter neuen Perspektiven beleuchtet.

Auswahlbibliographie

INGE ADRIANSEN/IMMO DOEGE: Deutsch oder Dänisch? Agitation bei der Volksabstimmung in Schleswig 1920, Sonderburg 2010.

JENS AHLERS: Kieler Notgeld. In: Münzen, Banknoten, Notgeld, Medaillen. Schätze aus dem Münzkabinett der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek, Ausstellungskatalog, Kiel. 2013. S. 104–116.

OLIVER AUGE: Kiel in der Geschichte. Facetten einer Stadtbiografie, hrsg. von der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte (Sonderveröffentlichungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, 86), Kiel/Hamburg 2017.

DERS./MARTIN GÖLLNITZ: Zwischen Grenzkampf, Völkerverständigung und der Suche nach demokratischer Identität: Die Landesgeschichte an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel zwischen 1945 und 1965. In: Christoph Cornelißen (Hg.): Wissenschaft im Aufbruch. Beiträge zur Wiederbegründung der Kieler Universität nach 1945 (Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte 88), Essen 2015, S. 101–129.

ROBERT BOHN: Eine belastete Nachbarschaft. Aspekte der deutschdänischen Beziehungen nach 1945. In: Jørgen Kühl/Robert Bohn (Hg.): Ein europäisches Modell? Nationale Minderheiten im deutschdänischen Grenzland 1945-2005 (Schriftenreihe des Instituts für

KIEL UND DÄNEMARK

Schleswig-Holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte 11), Bielefeld 2005, S. 59–76.

DERS./JÜRGEN ELVERT/KARL CHRISTIAN LAMMERS (HG.): Deutsch-Skandinavische Beziehungen nach 1945 (Historische Mitteilungen 31), Stuttgart 2000.

JENNI BOIE: Volkstumsarbeit und Grenzregion. Volkskundliches Wissen als Ressource ethnischer Identitätspolitik in Schleswig-Holstein 1920-1930 (Kieler Studien zur Volkskunde und Kulturgeschichte 9), Münster 2013, S. 43–45.

LISA SOPHIE KÄMMER: Geschichte als Medium der Gesinnungsbildung. Die Gestaltung des Geschichtsunterrichts im "Dritten Reich" am Beispiel des Kieler Geschichtsdidaktikers Karl Alnor. In: ZSHG 137 (2012), S. 211–241.

LARS N. HENNINGSEN (HG.): Zwischen Grenzkonflikt und Grenzfrieden. Die dänische Minderheit in Schleswig-Holstein in Geschichte und Gegenwart (Studieafdeling ved Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig 65), Flensburg 2011.

JØRGEN KÜHL: Tatsächlich ein europäischer Modellfall? Erfahrungen und Lehren einer gelungenen Konfliktlösung aus deutsch-dänischer und europäischer Perspektive. In: Grenzfriedenshefte 61 (2015), Nr. 1, S. 41–54.

CAROLINE E. WEBER: "Allen Ländern Skandinaviens und des Ostseeraums besonders verbunden". Überlegungen zur Rolle des Nordens für das Profil der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. In: Grenzfriedenshefte 66/2 (2019), S. 159–178.

Caroline E. Weber ist Postdoc am Centre for Border Region Studies der Süddänischen Universität in Sonderborg (DK).